

Der Parteiausschuss Problem der Jungsozialisten

Der Parteiausschuss billigt einstimmig das Bündnis mit dem Reichsbanner

Dienstag tagte in Berlin der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Vorsitzende Otto Wels in warmen Worten des verstorbenen Abgeordneten des preussischen Landtags Adolf Bruns. Dann beschäftigte sich der Parteiausschuss nach eingehender Referat des Abg. Wels in längerer Debatte über die jungsozialistische Bewegung. Allgemein über die Klage geführt, daß die jungsozialistische Bewegung in der Partei nicht genügend gefördert wird, die der Sozialdemokratischen Partei vorstehenden folgenden Beschlüsse:

Der Parteiausschuss billigt den Beschlüsse der Berliner Bezirksleitung auf Auflösung der Berliner Ortsgruppe der Jungsozialisten Vereinigung.

Da die jungsozialistische Bewegung in ihrer heutigen Form die Anforderungen einer gesteigerten Werbearbeit unter den jungsozialistischen Parteigenossen nicht entspricht, wird der Parteivorstand ersucht, eine Reorganisation dieser Bewegung vorzunehmen, die die Möglichkeit schafft, die Werbungs- und Werbearbeit der jungen Parteigenossen auf breiterer Basis durchzuführen und eine engere Verbindung zwischen der Arbeit und der allgemeinen Tätigkeit der Partei herzustellen. Dadurch soll der berechtigten Aktivitätsdrang der Parteigenossen in einer der Gesamtbewegung nützlichen Weise ausgelebt und die innere Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei gesteigert werden.

Die Stellung der Partei zum Reichsbanner ebenfalls eingehend besprochen und entsprechend der Stellung des Parteivorstandes einstimmig genehmigt.

Entsprechend erstatteten Hermann Müller-Franken, Reich und Aufhäuser eingehend Bericht über die parlamentarisch-politische Situation.

Wort für die junge Generation

Von Max Sengewitz

Wir drucken nachstehend einen Artikel, den Genosse Sengewitz im ersten Dezemberheft des „Klassenkampf“ veröffentlicht hat. In diesem Artikel bricht er eine Lanze für die radikal gefonnene junge Generation in unserer Partei und verlangt für ihre von der Ansicht der Parteimehrheit abweichende Auffassung Duldung und Verständnis. Der Artikel ist geschrieben, bevor der Berliner Bezirksvorstand der Partei die Ortsgruppe Berlin der Jungsozialisten auflöste und behandelte deshalb das Problem ganz allgemein und grundsätzlich. Auch dieser Abdruck erfolgt ohne Bezugnahme auf diesen Auflösungsbeschluss und ebenso ohne Bezugnahme auf den vorstehend abgedruckten Beschlüsse des Parteiausschusses. Er soll eine grundsätzliche Verständigung über diese Frage herbeiführen helfen. Wir werden morgen auf ihn antworten.
Red. d. Volkswacht.

Unzufriedene Jugend

Die Entscheidung, die die sozialdemokratische Reichstagsgruppe am 18. Oktober 1930 getroffen hat, ist nicht ohne Wirkung auf die Sozialdemokratische Partei geblieben. Diese Entscheidung hat in der Parteibewegung selbst Ergebnisse gebracht, die im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung frühzeitig genug ein offenes Wort gesprochen werden muß. Unzufrieden mit dieser Entscheidung sind große Teile der Parteigenossen, unzufrieden mit dieser Entscheidung ist insbesondere die junge Generation der sozialdemokratischen Bewegung, die unter der gegenwärtigen Situation und Wirtschaftslage leidet und die nicht zuletzt auch darum am stärksten nach einer aktiven sozialistischen Politik zur Abwendung der faschistischen Gefahr verlangt. Die Unzufriedenheit dieser jungen Generation drückt sich aus in kritischen Äußerungen gegen die letzten Entscheidungen der Partei, und in kritischen Meinungsäußerungen der Jungen werden vielbeachtete mit harten organisatorischen Maßnahmen, mit Änderungen und Maßregelungen der verschiedensten Art. In verschiedenen Berichten aus den verschiedensten Teilen des Reiches bildet sich die Meinung, daß unbesuene Kritiker der Partei herausgedrängt werden sollen, um die Ruhe und Einheit innerhalb der Partei wiederherzustellen, die durch die unzufriedenen Entscheidungen gefährdet wurde. Begünstigt diese falschen und sehr kurzfristigen organisatorischen Maßnahmen dadurch, daß die jungen Kritiker entsprechend ihrem militanten ihre Worte nicht immer auf die Goldwaage der Erfahrung legen, daß sie nicht zuletzt auch unter dem Druck der Parteimehrheit gelegentlich mal übers Ziel schießen; begründet die Aktion gegen die rebellierende Jugend oft auch mit dem Vorwand, daß bei der Entscheidung am 18. Oktober die ganze Partei einmütig gestimmt hat, daß (was nicht richtig ist) in der Partei alle der einen Meinung sind, daß nur der eine Weg der Partei werden konnte und daß darum alle die einfachen Parteigenossen, die draußen im Lande Kritik üben, Querulanten, böse Parteischädlinge, kommunistische Spitzel oder sonst was sind, jedenfalls aber Leute, durch deren Herauswurf aus der Partei die Partei nur gewinnen könne. Diese Verdächtigungen gegen kritischer Parteigenossen werden nicht nur in der Partei, sondern in sehr vielen Orten erhoben, und gerade diese, daß die Kritik, die übrigens auch an der Haltung der Parteimehrheit geübt wurde, überall laut wird, beweist, daß nicht durch kommunistischen Spitzel erzeugt wird (die, wo sie auftreten, sich sicher sehr still und parteifromm verhalten), sondern tiefe, allgemeine Ursachen haben muß, über die wir uns und die abzuwehren viel wichtiger ist, als die unzufriedenen organisatorische Maßnahmen gegen die rebellierende Jugend.

Warum ist die junge Generation rebellisch?

Der und nach der letzten Reichstagswahl ist schrecklich viel über die Notwendigkeit, der Jugend freie Hand zu lassen und die Jugend mehr als bisher gelten und zum Leben zu lassen. Die Fortschritte der Kommunisten und Nationalsozialisten sind ganz allgemein auch als Grund dafür gegeben, daß diese Bewegungen die Jugend an sich gewinnen haben. Innerer Meinung nach ist die Situation der jungen Generation nicht zuletzt darum so groß, weil bei den Nazis der Jugend freier Hand gegeben ist, die in dieser hoffnungslosen wirtschaftlichen Situation bedenkenlos dem folgt, der ihr verspricht, es anders wird. Aber ist der kritische Punkt. Unsere Aufgabe ist es, Härter zu sein, uns in die tatsächliche wirtschaftliche Lage und die Lage der jungen Generation einzufühlen. Unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise leidet die Jugend am stärksten, sie mit offenen Augen ins Leben hineinzusehen, muß sehen, daß sie in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen. Diese Menschen haben doch auch von Leben etwas erwartet, sie in das Berufsleben treten, doch auch wie mit früher, daß sie nun schaffen, wirken, verdienen, leben können, und ihre Forderungen an das Leben gestellt, von denen sie seit Ende und aber Tausende aus den verschiedensten Teilen der Welt sind, die seit Beendigung ihrer Lehrzeit auf der Straße herumhangeln arbeitslos sind (mit kurzen Unterbrechungen Gelegenheitsarbeit außerhalb ihres Berufes) und die keinerlei Chancen haben, in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen. Diese Menschen haben doch auch von Leben etwas erwartet, sie in das Berufsleben treten, doch auch wie mit früher, daß sie nun schaffen, wirken, verdienen, leben können, und ihre Forderungen an das Leben gestellt, von denen sie seit Ende und aber Tausende aus den verschiedensten Teilen der Welt sind, die seit Beendigung ihrer Lehrzeit auf der Straße herumhangeln arbeitslos sind (mit kurzen Unterbrechungen Gelegenheitsarbeit außerhalb ihres Berufes) und die keinerlei Chancen haben, in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen.

aber oft keine einzige erfüllt wurde. Diese jungen Menschen stehen verbittert vor den geschlossenen Fabriken, an deren Wiedereröffnung in der kapitalistischen Gesellschaft sie nicht mehr glauben. Sie nennen sich mit Galgenhumor „Staatspensionäre“, und wenn sie ausgesteuert sind aus der Arbeitslosenversicherung und noch einen Vater haben, der Arbeit hat, wird ihnen die Wohlstandsunterstützung vorenthalten, und zu Hause müssen sie dann immer wieder von den Eltern (denen das nicht zum Vorwurf gemacht werden kann) hören, daß die großen, starken, gesunden und kräftigen Bengel dem Vater immer noch auf der Tasche liegen, dem sie oft in der bedrückendsten Weise ein paar lumpige Pfennige Taschengeld abbeteln müssen. Sie leben von einem Tag zum anderen ohne Hoffnung und denken mit Grausen an das Morgen.

Die Jungen wollen klare Parolen

So lebt unsere Jugend. Die Trostlosigkeit und Ausweglosigkeit dieser drückenden Wirtschaftskrise ist das tragische Schicksal der gegenwärtigen jungen Generation des Proletariats. Wer wundert sich, daß diese Jugend rebellisch ist, wer wundert sich, daß diese Jugend radikal ist und nach Maßnahmen schreit, die diese immer drückender werdenden Zustände ändern? Die Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung glaubt nicht mehr daran, daß die Politik des „kleineren Übels“ an diesen Zuständen etwas ändert, die Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung hat in dieser Lage kein Verständnis mehr für die Politik des Ausweichens, für die Politik der Opfer an die Bourgeoisie um fragwürdiger bürgerlicher Bundesgenossen willen. Diese sozialistische Jugend fordert klare, eindeutige Parolen, verlangt von der Sozialdemokratie die Ausnützung dieser Krise des Kapitalismus zum Kampf für den Sturz dieses an ihrem Glend schuldigen kapitalistischen Systems; diese sozialistische Jugend hat angefangen, der außerparlamentarisch gewachsenen faschistischen Gefahr, deren Größe und Bedeutung sie ganz klar erkannt hat, kein Verständnis für parlamentarische Taktik, sie fordert aktive Politik, die die Massen gegen den Faschismus und den Kapitalismus in Bewegung setzt, und sie ist bereit, sich mit Begeisterung in sozialdemokratischen Abwehrorganisationen zum Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus zur Verfügung zu stellen.

Und gerade dieser Wille zur Aktivität schafft neue Konflikte innerhalb der Partei. Explosivstoff wird dadurch geschaffen, daß den Jungen die Möglichkeit zu dieser aktiven Betätigung gegen den Faschismus nicht in dem von der Jugend gewünschten Maße gegeben wird. Man verweist die Jugend ins Reichsbanner, gegenüber dem Eintritt in das Reichsbanner aber haben sie nicht von der Hand zu weichen Hemmungen, die jant diesem Explosivstoff sofort befeuert würden, wenn sie (wie das in einzelnen Bezirken mit Erfolg geschieht) in Parteiorbnerformationen eingereicht würden, die bei allen entscheidenden Situationen mit dem Reichsbanner zusammen aufmarschieren gegen den gemeinsamen Feind. Das Reichsbanner, das doch in der Hauptsache auch nur aus Sozialdemokraten besteht, angefangen der drohenden faschistischen Gefahr zu schwächen und zu schädigen, wäre töricht, aber das Reichsbanner muß begreifen, daß es nicht allein das Privileg der Bekämpfung dieser faschistischen Gefahr hat, daß gerade in

Die Nazis in Theorie und Praxis

Mit dem Maul gegen den Zinswucher - Mit der Tat für Zinserhöhung

Was von der Theorie der Nazis in der Praxis zu halten ist, zeigte sich am Dienstag im Reichsrat, wo die Komplizen Hitlers sojuzagen wieder einmal „entlarvt“ wurden. Die Reichsregierung hatte dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Verzinsung der Aufwertungshypotheken, die gegenwärtig 5 Prozent beträgt, ab 1. Januar 1932 um 2 1/2 Prozent erhöht werden soll. Die preussische Regierung erwiderte, sich mit 2 Prozent Erhöhung zu begnügen, weil die Landwirtschaft 7 1/2 Prozent nicht tragen könne und ein Zinsfuß von 7 1/2 Prozent die Mieten verteuere, also mit der Preislenkungsaktion der Reichsregierung nicht vereinbar sei. Dennoch wurde der Vorschlag der Reichsregierung angenommen. Für die 7 1/2 Prozent, gegen die sämtliche preussischen Vertreter sich wandten, stimmten unter anderem die Fried-Regierung von Thüringen und die Franzen-Regierung von Braunschweig. Staatssekretär Weigmann-Preußen stellte daraufhin fest: „Ich weise auf die interessante Tatsache hin, daß die Regierungen in Braunschweig und Thüringen ihre Vertreter inspiriert haben, für einen Zinsfuß von 7 1/2 Prozent zu stimmen, obwohl die Nationalsozialisten im Reichstag beantragt haben, daß alle Leute, die einen Zins über 5 Prozent nehmen, wegen Wuchers bestraft werden sollen.“

Der entsprechende Teil des von Fried und seinen 14 Komplizen am 14. Oktober 1930 im Reichstag eingebrachten Antrages lautet: „Wer sich für ein Darlehen einen höheren Zinsfuß einräumt, ist aller Provisionen und Verwaltungskosten als 5 Prozent verpfändet, oder entgegenkommt, wird wegen Wuchers mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“

Alle auf drei Monate ins Loch mit Fried und Franzen!

Neue deutsche Niederlagen auf der Abrüstungskonferenz

Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat am Dienstag zwei deutsche Anträge abgelehnt. Der erste betraf das Verbot der ausgesprochenen Offensivwaffen, der zweite die Empfehlung eines bestimmten Datums an den Völkerbundsrat zur Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz.

Solche Leute werden in der KPD geduldet

Eine Reihe eingeschriebener Kommunisten als vielfache Einbrecher entlarvt

Einer des Mordes verdächtig - Die KPD. brachte sie als Sprengkolonne

Wilhelmshaven, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der oldenburgischen Stadt Barel hat die Polizei ein großes kommunistisches Spitzbubennest ausgehoben. Nachdem bereits vor mehreren Tagen vier der kommunistischen Einbrecher festgenommen wurden, sind jetzt drei weitere Komplizen dieser Spitzbuben, darunter eine Frau, verhaftet worden. Sämtliche Spitzbuben sind eingeschriebene Mitglieder der KPD, denen bisher nicht weniger als 22 Einbrüche in der Stadt Barel, auf Bauernhöfen, in Gastwirtschaften und Kollereien der Umgebung von Barel nachgewiesen werden konnten.

Zentnerweise haben die Moskowiter Spezialisten, Mehl, Butter, Kolonialwaren, Spirituosen usw. gestohlen. Außerdem verübten sie einen Einbruch in das Amtsgeschäft Barel, wo sie vier Schreibmaschinen und mehrere Gewehre mitgehen ließen. Zahlreiche Gewehre und Munition wurden auch aus den Schließkassen verschiedener Schützenvereine gestohlen. Die Gewehre versteckte man, indem man sie unter Kleiderstrümpfen und Tischen versteckte. Die Schreibmaschinen sollten im Interesse der kommunistischen Partei Verwendung finden.

Kemmerlings erscheint einer der Kommunisten, ein gewisser Hoffmann, nach einem Mordes verdächtig. In seiner Wohnung fand man die Blutspiegel und durch die Wunde eine Kugel eines polnischen Gewehrpatrone. Die Polizei ist zunächst dabei, festzustellen, ob dieser Hoffmann sich nicht unter falschem Namen in Barel aufgehalten hat. Die vier verhafteten kommunistischen Spitzbuben sind von dem letzten Mord von ihrer Partei eigens dazu eingeleitet worden, sozialdemokratische Demonstrationen zu führen.

diesem Kampfe steht die Sozialdemokratische Partei die Führung, haben und alle über das Reichsbanner hinaus verfügbaren Kräfte gegen den Faschismus mobilisieren muß. Viele Konflikte innerhalb der Bewegung wären nicht entstanden, wenn gerade in diesem Punkte der Parteivorstand von vornherein eine klare Parole herausgegeben hätte.

Die ökonomische Lage der Jugend, das ist die Ursache der Rebellion der jungen Generation, auf die die Parteiführung fast in allen Landesteilen der früheren Einfluß mehr oder weniger verloren hat. Diese Tatsache sollte die Parteiführung nicht zu kurzfristigen organisatorischen Maßnahmen mit gewiß sehr schädlichen Folgen veranlassen, sondern zum Nachdenken über die Ursachen. Die Sozialdemokratie braucht in dieser Gefahrenzeit die junge Generation nötiger denn je, sie darf diese junge Generation nicht vor dem Kopf stoßen, sie muß vielmehr, absehbend von dem bisherigen Wege, eine Politik treiben, die ihr die Gefolgschaft der jungen Generation sichert, die immer größere Teile der verzweifeltsten Jugend auftrübelt, mitreißt und für den Sozialismus begeistert.

Toleranz und Bewegungsfreiheit

Die Situation ist sehr ernst. Die Entscheidungen, die im Dezember im Reichstag fallen sollen, sind für die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung von größter Bedeutung. Notverordnungen, Regierungsprogramm der Regierung Brüning und der Etat bringen neue Verschärfung der Krise und neue Belastungen der Massen. Die Sozialdemokratie kann unserer Meinung nach die Verantwortung für diese Dinge nicht übernehmen. Um diese Dinge wird es Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion, in der Partei geben, und nichts wäre verheerlicher, wenn angesichts dieser kritischen Entscheidungen in dieser kritischen Situation die disziplinären Bestimmungen überspannt würden. Nichts tut der Partei jetzt so dringender als Toleranz, Meinungs- und Bewegungsfreiheit auch der Minderheit, die die Voraussetzungen sind für die Einheit der Partei.

Vor der Entscheidung am 18. Oktober ist in der Fraktion viel über Toleranz und Kameradschaftlichkeit geredet worden; diese Toleranz und Kameradschaftlichkeit darf aber nicht nur gelten für die Fraktionsmitglieder, sondern für jeden einzelnen Parteigenossen draußen, und im stärksten Maße gerade auch für die jüngeren Genossen, selbst wenn diese einmal Schnitzer machen und lobiger reden als die Bierzig- und Fünfzigjährigen. Die Organisationsleitung ist heute gewiß innerhalb der Partei stärker als die kritischeren Jugend; die Organisationsleitung darf diese Stärke gerade angesichts der drohenden faschistischen Gefahr nicht anwenden gegen diese Jungen in der Partei, sondern sie muß diese Stärke benutzen zur Mobilisierung und Begeisterung ihrer Jugend für den Kampf gegen den Faschismus. Eine starke, mächtige Partei kann Kritik in den eigenen Reihen vertragen; die Sozialdemokratische Partei ist nicht so schwach, daß sie die Kritik der jungen Generation mit dem Hinauswurf der Kritiker beantworten muß, sie muß gerade jetzt noch so jung und so stark sein, daß sie den Ruf der jungen Generation hört und mit dieser jungen Generation marschiert auf neuen Wegen zu den alten Zielen.

Ein Antrag Englands auf Begrenzung der jährlichen Ausgaben für Luftstützen wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Darauf begründete Graf Bernstorff den schon früher gestellten Antrag, nach dem schwere Geschütze und Mörser sowie Tanks verboten und zerstört werden sollen. Graf Bernstorff bezog sich auf den Kelloggspakt, der jeden Angriffskrieg verbiete. Diesen Angriffskrieg zu verbieten und zugleich die Angriffswaffen zu erlauben, sei ein Widerspruch, den die Völker nicht verstehen könnten. Verbiete man die Angriffswaffen, dann nehme man den Völkern die Unsicherheit und die Angst vor dem Ueberfall des Nachbarn.

Politik - Griechenland trat dem entgegen. In seinem zweiten Teil enthalte der Antrag eine direkte Begrenzung von Landkriegsmaterial, was dem angenommenen Prinzip der indirekten Begrenzung widerspreche. Außerdem glaube er, daß seine praktische Anwendung unmöglich sei, da im Kriegsfall sich jedes Heer aller ihm zu Gebote stehenden Waffen bedienen würde. Die Völker dürften nicht in den Glauben gewiegt werden, als sei der Krieg nicht mehr so juchbar. Man dürfe keine illusorischen Hoffnungen erwecken. Die Völker sollten wissen, daß ein neuer Krieg die Zivilisation von Grund auf zerstören werde. Umso stärker werde ihr Druck und die Verantwortung auf den Regierungen lasten. Der Völkerbund versuche, den Krieg an sich zu verhindern. Wenn ihm das nicht gelinge, dann werde auch mit einer kühnen Abschaffung der Angriffswaffen nichts erreicht. Die Abstimmung ergab nur die Stimme Deutschlands und Australiens für den Antrag, zehn Staaten stimmten dagegen, 13 enthielten sich der Stimme.

Um den deutschen Vorschlag, die Kommission solle dem Rat vorschlagen, die erste Abrüstungskonferenz auf den 5. November 1931 einzuberufen, entspann sich eine Debatte von etwa zwei Stunden. Während Italien, Bulgarien und China dafür waren, schlossen sich Frankreich, Tschechoslowakei und Griechenland dem Antrage Englands an. Der Rat nur aufzufordern, ein Datum für die Konferenz festzusetzen. Mit 17 gegen 3 Stimmen wurde dieser englische Antrag angenommen, während Deutschlands Vorschlag, daß dieses Datum möglichst der 5. November 1931 sein sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Gegen die Anechtsregierung der Schweiz

Die Ausweisung Bassanesis aus der Schweiz ist zu einer innerpolitischen Streitfrage ersten Ranges geworden. Niemals seit der berühmten Lex Föderlin, dem Versuch des Bundesrats, die Arbeiterorganisationen durch ein Sozialistengesetz zu inebeln, was schließlich scheiterte, ist die schweizerische Regierung so sehr in Widerspruch zur Mehrheit des Volkes geraten, wie jetzt im Fall Bassanes. Vor allem demonstriert der Kanton Tessin, der sich mit Bassanes durch die Abhaltung des Prozesses in Lugano und durch die Sprachgemeinschaft besonders verbunden fühlt, einmütig gegen den Ausweisungsbefehl. Zahlreiche bürgerliche Organisationen und Studentenverbände haben sich der großen Protestbewegung angeschlossen, die durch das ganze Land geht. Inzwischen hat auch die sozialdemokratische Fraktion durch Robert Grimm im Nationalrat einen Antrag einbringen lassen, in dem der Bundesrat aufgefordert wird, den Ausweisungsbefehl rückgängig zu machen.

Leere Demonstration

In englischen Oberhaus wurde am Dienstag nach längerer Debatte mit 74 gegen 10 Stimmen ein Abstreikengesetz mit konföderativen Laus gegen die Arbeiterbewegung angenommen. Jedem eine praktische Bedeutung kommt diesem Gesetz nicht zu.

Breslauer Nachrichten Die Winterbeihilfe

und was der Magistrat aus ihr gemacht hat... wegen des während der kalten Jahreszeit erhöhten Bedarfs... die für die monatliche Ausgabe als Anhalt dienen...

Universität, Polizei und akademische Freiheit

Von Dr. Ludwig Waldcker, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität

Nächstehender Aufsatz des bekannten Rechtswissenschaftlers verdient gerade jetzt bei den Studentenwahlen und den dabei verursachten erneuten Rawallen vor der Universität besondere Beachtung... Als kürzlich in Berlin Polizei vor und im Gebäude der Universität Ausschreitungen entgegnet...

akademische Leben hinausgehende Interessen Not litten. So kann auf Grund der Vorschriften der Strafprozessordnung das Recht der Universität dem von den Polizeiorganen wahrzunehmenden Gesamteresse weichen müssen... Auf Grund des allgemeinen polizeilichen Ermächtigungsvorbehalts können Eingriffe notwendig werden...

Die Rechtslage geht hierbei einwandfrei dahin, daß jedenfalls kein Privileg besteht, monach Polizei in Universitäts- oder sonstige Hochschulgebäude überhaupt nicht eindringen dürfe... Für alle anderen Gebäude und Grundstücke gilt der Grundsatz, daß sie der pflichtmäßigen Einwirkung der Polizeiorgane unterworfen sind...

Die Schwierigkeit liegt hierbei einzig darin, daß hinsichtlich der Frage, wo das weitergehende und von der Polizei wahrzunehmende öffentliche Interesse beginnt, zunächst jedenfalls das eigene pflichtmäßige Ermessen der Polizeiorgane entscheidet... Der Ungewissheitsfaktor sind die Personen und Personengruppen, von denen Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung vor und in der Universität ausgehen können...

Schwieriger liegt der Fall, daß es auf dem Universitätsgrundstück oder innerhalb des Universitätsgebäudes zu an sich polizeiwidrigen Zuständen gekommen ist... Grundsätzlich ist auch hier ein Einschreiten der Polizei zulässig und vielleicht sogar notwendig...

Wenn sich die Studierenden im Einzelfall etwa gegen die Polizei auf die akademische Freiheit berufen wollen, so dürfen sie nicht vergessen, vorher in Rechnung zu ziehen, daß in doppelter Hinsicht akademische Freiheit eine Pflichtstellung bedeutet... Deshalb wird der Studierende, dem es wirklich um akademische Freiheit und Selbstverwaltung zu tun ist...

Polizeioberst Münzenberg kein Nationalsozialist

Zu unserem mit dieser Frage überschriebenen Artikel vom 26. November teilt uns der Polizeipräsident folgendes Ergebnis eingehender Untersuchung mit: Polizeioberst Münzenberg ist weder Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands...

Auch ein paar Nothelfer

Während aus der Hochwassergefahr eine Hilfe für sich selbst als die Hochwassergefahr verschiedentlich zum Einlehen der Nothilfe Veranlassung gab, wurden auch der Kraftfahrer S. M. und der Mechaniker S. G. als Nothilfeleute gerufen...

Jährlichen Burschen unschädlich gemacht

der sich an kleine Mädchen heranpirschte... In der letzten Zeit hat sich in der Pfaffen- und Schleierstraße ein junger Mann bemerkbar gemacht, der sich an Mädchen heranpirschte...

Bergabene Kindesleiche gefunden

Bei der Grünanlagen an der Ecke Stein- und Rothföhrenstraße gestern vormittag im Erdboden verscharrt die Leiche eines unbekanntes Mädchens gefunden, die in ein Handtuch gewickelt war...

Schulungsfaktor für Referentinnen

nicht am 5., sondern erst am 11. Dezember statt...

Waffen und Volkswachtler aus Jimpel!

Der Jimpel des Jimpeler Kommunistenführers Reimann durch jugoslawische Behauptungen über eine am Sonntag abendene Sitzung der Jimpeler Parteifunktionäre Stimmung...

Geschäfte des „Proviandreisenden“

der eine „Bogenschütze“ des Winklers hatte... immer wieder werden neue Tricks erfunden, um Geschäfte zu machen...

Theater und Musik

Viertes Volks-Sinfonietonietzert

Das Programm war, von einer Ausnahme abgesehen, auf Werke der klassischen Vergangenheit abgestellt, und so gab es den ganzen Abend eitel Wohlklang zu hören... Das Programm war, von einer Ausnahme abgesehen, auf Werke der klassischen Vergangenheit abgestellt...

„Frauen, Kerze, Paragraphen“

Gelegentlich eines Bühnenspiellabes des „Sozialistischen Kampfbundes“ stellte sich Otto Käppler nicht nur als bewährter Darsteller und Regisseur, sondern auch als durchaus qualitativer Schriftsteller vor...

Vier Profestberclamungen

gegen die Auflösung der Jungsozialisten in Berlin, Dresden und Königsberg finden an folgenden Tagen statt: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45...

Diskussion über den Abtreibungsparagraphen

— befindet sich nicht allein in angenehmer Patenschaft zu Friedrich Wolfs „Cynkali“, sondern hat auch mit ein paar Bildern, die ganz auf das Verdächtigste und das Bürgerlich-Konventionelle gestrafft sind...

Schlesischer Krankentag

Das Parlament der schlesischen Krankentassen tagt in Breslau

Gegen Einstellung der Geschlechtskrankenfürsorge und der Gewährung von Zahnbehandlung durch die Landesversicherung Notverordnung und Apotheker — Fachfragen der Krankentassen — Rechtsfragen — Volkshygienische Aufklärung

Die wichtigsten Beratungen versammelten sich Sonntag und Montag über 203 Krankentassenvertreter aus 100 Krankentassen und Niederschlesien im großen Saale des Breslauer Geschäftshauses die rund 750 000 Mitglieder der schlesischen Krankentassen vertreten.

Der Vorstand des Saal begrüßte die Gäste und Vertreter der Gaststadt Breslau mit 37 Arbeitgeber- und 75 Versicherungsvertreter und Geschäftsleiter und Kassenangetestellte, nebst 5 Behördenvertretern.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Wie führt Deutschland die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch? Was ist geschehen?

Das Wort der leitende Facharzt beim Gesundheitsamt der Provinz Breslau, Herr Dr. Wiener.

Der Vortragende setzte einleitend auseinander, aus welchen Gründen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht auch bei anderen Seuchen üblichen hygienischen Maßnahmen in Betracht kommen, nämlich: Isolierung jedes Erkrankten, Impfung, Desinfektion usw. Große Verbreitung (zirka 300 000 Neuerkrankungen in Deutschland im Jahre) herrschende Vorurteile, leichte Möglichkeit, gerade diese Krankheiten heimlich zu übertragen, Höhe der Kosten, lange Dauer der Erkrankung, zwingen dazu, auf die sonst üblichen Mittel der Seuchenbekämpfung zu verzichten, bis eine Bekämpfung durch gute Heilmittel möglich wurde. Als die medizinische Wissenschaft zu Beginn des Jahrhunderts die Behandlung der Geschlechtskrankheiten gefördert hatte, daß man die Ansteckungsgeschichte in der Zeit in der überwiegenden Zahl der Fälle zu klären in der Lage war, konnte der Staat durch Gesetz von Geschlechtskranken verlangen, daß er nicht nur in seinem Interesse, sondern sich vor allem im öffentlichen Interesse behandeln und sich bis zur Beseitigung der Ansteckungsgefahr so verhält, wie Übertragung unterbleibt.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 19. 12. 1927 stellte also als wesentlichste Forderung die Verpflichtung auf und setzte Gesundheitsbehörden ein, um die Erfüllung anderer gesundheitlicher Aufgaben diese Befreiungspflicht auch wirklich durchzuführen. Der Referent berichtete dann im einzelnen wie die Geschlechtskranken den Gesundheitsbehörden zur Kenntnis kommen, die sich nicht behandeln lassen, und wie diese sich bemühen, alle Hindernisse in der Durchführung der Behandlungspflicht zu beseitigen. In erster Linie die Kostenfrage geregelt. Ansprüche müssen geklärt, bei Unbereitschaften muß das Heilverfahren übernommen werden. Alle übrigen Hindernisse, wie Vorurteile, Ernährungsfragen usw. müssen beseitigt werden.

Verdachtsfälle müssen geklärt werden, alles dies muß aber diskret und in der Form der Durchführung so vornehmlich und hilfsbereit wie möglich geschehen, damit das Publikum Vertrauen zu den neuen Einrichtungen gewinnt und sie freiwillig in Anspruch nimmt.

Die freiwillige Inanspruchnahme ist, desto besser wird die Durchführung werden, weil sich der Vorteil des Patienten, der Gesundheit wiederzuerlangen, mit dem Bestreben des Staates, die Weiterverbreitung zu verhindern, ja sehr weitgehend decken können.

Weiterhin schilderte der Vortragende das Verhalten der Gesundheitsbehörden gegenüber der der Prostituierten und die großzügige Aufklärungsarbeit, die sie in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durchführt.

Zum Schluß belegte der Referent zwei Rückschlüsse, die die gegenwärtige Arbeit in letzter Zeit beeinflusst haben. Das ist die Notverordnung, die durch die Krankentassen eintritt und Rezeptgebühr die Durchführung der Behandlung vielfach hindert und der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten abträglich ist, und die fast völlige Einstellung der Geschlechtskrankenfürsorge durch die Landesversicherungsanstalt. Um es nicht zu einer erneuten Zunahme der Geschlechtskrankheiten kommen zu lassen und das Werk der Landesversicherungsanstalt fortzuführen, empfahl er die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt, Krankentassen und Landesversicherungsanstalt, auch wenn diese letztere nicht als Mitglied in Frage käme. Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft wäre zunächst Behandlung der Minderbemittelten, die Behandlung der Beratungsstelle und Beschaffung von Mitteln zur Aufklärungszwecke. Die Kosten hierfür wären, wenn sie sich mehrere Schultern verteilen, tragbar. Für bestimmte Zwecke, besonders für die Behandlung Minderbemittelter aus ländlichen und kleinstädtischen Bezirken wäre eine Provinzialarbeitsgemeinschaft zu gründen, die es ermöglichen würde, die Behandlung durchzuführen, ohne daß die heimlichen Gesundheitsbehörden, besonders aber die Gemeinde von der Last der Erkrankung etwas erfahren. (Beifall.)

Der Verbandsgeschäftsführer gab anschließend eine Beratung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Schlesiens, wonach die Durchführung der Geschlechtskranktenbehandlung durch die Landesversicherungsanstalt bis auf weiteres einzustellen ist, weil Geldmittel nicht vorhanden wären. Hierzu nahm die Versammlung folgende Entschließung einstimmig an:

„Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesiens hat sich wegen der schwierigen finanziellen Lage veranlaßt, die Durchführung der Geschlechtskranktenbehandlung durch die Landesversicherungsanstalt Schlesiens bis auf weiteres einzustellen. Diese Maßnahme bedauern die in Breslau am 29. November und 1. Dezember 1931 versammelten Vertreter der Krankentassen, die als Mitglieder des Hauptverbandes deutscher Krankentassen a. B., Landesverband Ober- und Niederschlesien, beschließen.“

Die Geschlechtskranktenfürsorge ist infolge der Zunahme der Geschlechtskrankheiten (Sonderhöhe usw.) nach wie vor dringend geboten. Wenn der Vorstand der Landesversicherungsanstalt nicht selber finanzielle Unterstützung der Geschlechtskranktenbehandlung mehr zulegen kann, so ist es angebracht, andere Hilfsmittel zu ergreifen. Eine solche wäre die Gründung einer örtlichen Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung der Geschlechtskranktenfürsorge, an der sich die Landesversicherungsanstalt als Mitglied beteiligen kann. Schwierige Fälle sind dann an die Stelle zu setzen, die von der örtlichen Arbeitsgemeinschaft als Fürsorgefälle zu betrachten sind. In Breslau ist in diesem Sinne ein Gesundheitsamt der Stadt Breslau, die Versammlung hat beschlossen, daß die Ausführungen des Referenten, Herr Dr. Wiener, zu der angelegten, daß eine Arbeitsgemeinschaft auch für die Provinz zu schaffen wäre.

Die Krankentassenvertreter erwarten, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt den Gehalt der Arbeitsgemeinschaft in Sachen Geschlechtskranktenfürsorge festsetzt.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde eine Verfügung der Landesversicherungsanstalt bekanntgegeben, wonach Zuschüsse bei Zahlung von Zahnersatz seitens der Landesversicherungsanstalt ein Gehalt nicht mehr gewährt werden sollen. Hierzu wurde von der Versammlung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesiens hat in seinem Schreiben vom 22. November 1931, daß es

1. Januar 1931 keine Zahnheilverfahren mehr finanziell unterstützt werden.

Für die Krankentassen besteht seit dem Erlaß der Notverordnung keine Möglichkeit, den Ausfall der Zuschüsse für die Zahnheilverfahren auszugleichen. Aus diesem Grunde wird die Maßnahme der Landesversicherungsanstalt die Versicherter allein in voller Schärfe treffen. Der allergrößte Teil der Mitglieder ist bei Beschaffung von Zahnersatz auf die Beihilfe der Landesversicherungsanstalt Schlesiens angewiesen. Fallen die Zuschüsse weg, geht die Zahnbehandlung zurück und die Folge ist drohendes Siechtum der Versicherten.

Er betont, daß Lehmanns Vorschläge auf dem Deutschen Krankentag in Breslau etwas ganz anderes enthielten, als die Notverordnung uns gebracht hat.

Die Apotheker wenden sich mit Eingaben an das Ministerium, um der Verpflichtung der Einziehung des Kostenanteils von dem Versicherten zu entgehen. Er gibt bekannt, daß sie auch ablehnen wollen, den Krankentassen den Rabatt in jetziger Höhe zu zahlen. Die Schlesische Apothekervereinigung habe beantragt, während des Bestehens der Notverordnung den Krankentassen überhaupt keinerlei Rabatt zu gewähren.

Es wird auch die Verordnungsweise der Ärzte kritisiert. Die Bagatellefälle werden von den Ärzten ausgenutzt, zumungunsten der Krankentassen. Der Arzt muß aber wissen, ob ein Bagatellefall vorliegt oder nicht.

Die Krankentassen müssen sich vor Benachteiligung schützen durch Errichtung von Prüfstellen und Arztauswahlen. Man soll sich hüten, soziale Fragen mit politischen zu verquiden. Auch dieser Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Geschäftsführer Feidert berichtete hierauf über die am Tage vorher stattgefundene Gesamtsitzung. Es wurde beschlossen, dem Landeshauptmann von Oberschlesien und dem Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Schlesiens je 300 Mark für den Ausschuß zur Bekämpfung des Krebses zur Verfügung zu stellen.

Der neuen Satzung des Hauptverbandes, sowie der neuen Geschäftsordnung des Landesverbandes wurde zugestimmt. Die Errichtung einer Prüfstelle hat auf Grund der neuen

Vorbereiten ist immer besser, wie heilen. Deshalb liegt es auch im Interesse der Landesversicherungsanstalt, in diesem Falle die vorbeugenden Maßnahmen beizubehalten.

Kuren der Versicherten in Lungenheilanstalten müssen so lange erfolglos bleiben, als nicht eine gründliche Sanierung des Mundes dem Versicherten andere Krankheitserscheinungen erspart.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt wird ersucht, die Verfügung wieder zurückzuziehen.

Anschließend sprach Herr Oberapotheker Rittmel-Baldenburg über:

Vier Monate Notverordnung

mobei der Redner auf die Vorgeschichte der Entstehung der Notverordnung vom Oktober 1929 eingeht und den großen Unterschied festlegt, der zwischen der damaligen Fassung zu § 182a, über Tragung eines Krankenkostenanteils durch den Versicherten gegenüber den Bestimmungen der heute geltenden Notverordnung besteht.

Er betont, daß Lehmanns Vorschläge auf dem Deutschen Krankentag in Breslau etwas ganz anderes enthielten, als die Notverordnung uns gebracht hat.

Die Apotheker wenden sich mit Eingaben an das Ministerium, um der Verpflichtung der Einziehung des Kostenanteils von dem Versicherten zu entgehen. Er gibt bekannt, daß sie auch ablehnen wollen, den Krankentassen den Rabatt in jetziger Höhe zu zahlen. Die Schlesische Apothekervereinigung habe beantragt, während des Bestehens der Notverordnung den Krankentassen überhaupt keinerlei Rabatt zu gewähren.

Es wird auch die Verordnungsweise der Ärzte kritisiert. Die Bagatellefälle werden von den Ärzten ausgenutzt, zumungunsten der Krankentassen. Der Arzt muß aber wissen, ob ein Bagatellefall vorliegt oder nicht.

Die Krankentassen müssen sich vor Benachteiligung schützen durch Errichtung von Prüfstellen und Arztauswahlen. Man soll sich hüten, soziale Fragen mit politischen zu verquiden. Auch dieser Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Geschäftsführer Feidert berichtete hierauf über die am Tage vorher stattgefundene Gesamtsitzung. Es wurde beschlossen, dem Landeshauptmann von Oberschlesien und dem Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Schlesiens je 300 Mark für den Ausschuß zur Bekämpfung des Krebses zur Verfügung zu stellen.

Der neuen Satzung des Hauptverbandes, sowie der neuen Geschäftsordnung des Landesverbandes wurde zugestimmt. Die Errichtung einer Prüfstelle hat auf Grund der neuen

Vorschriften der Notverordnung nach § 342 und 414.3 der Reichsversicherungsordnung zu erfolgen. Nach § 414a der RVO. ist über Einnahmen, die nicht aus ordentlichen Beiträgen stammen, ein Voranschlag aufzustellen, dem das Reichsversicherungsamt seine Zustimmung zu erteilen hat. Dieser Voranschlag ist den Verammelten schriftlich zur Kenntnis gebracht worden.

Redner erörtert die einzelnen Positionen und bemerkt damit, daß die angeführten Zahlen das Notwendigste enthalten, was die Prüfstelle haben muß, um bestehen zu können.

Die Neugründung erfordert nur im ersten Jahre höhere Ausgaben. Sie werden sich verringern und auch durch die Reorganisation werden die Kassen später durch die Prüfstelle wesentliche Ersparnisse machen können.

Schlesien hat bereits eine Prüfstelle. Sie ist nur auf Grund der Notverordnung nunmehr auszubauen. Die Prüfstelle wird:

1. Vereinfachung und Uebersichtlichkeit der Buchführung herbeiführen.
2. eine regelmäßige Prüfung der Bücher und Belege nicht nur am Sitz der Kasse, sondern auch im Geschäftsraum der Prüfstelle eingehend durchzuführen.

Dadurch werden wesentliche Prüfkosten gespart werden. Dann wird Sorge zu tragen sein, für die Einführung einer Einheitsregistrierung. Die Geschäftsführer werden durchzubilden sein in der Handhabung der vereinfachten doppelten Buchführung und anderes mehr. Die Mittel, die für diese Prüfstelle aufgewendet werden, werden sich zum Nutzen der Krankentassen auswirken.

Der Vorstand hat beschlossen, daß die Prüfgebühr vierteljährlich von den Kassen eingezahlt werden kann.

Die Errichtung der Prüfstelle und der Voranschlag wurden einstimmig gebilligt. Auch der Voranschlag der Geschäftsstelle wurde einstimmig angenommen.

Nach der Mittagspause nahmen dann die Delegierten einen Vortrag des Geschäftsführers Feidert über:

Volkshygienische Aufklärung

entgegen. Aufklärung in öffentlichen Versammlungen über Krankentassenfragen zu verbreiten, erscheine nicht angebracht. Man kann die Hydra der Verleumdung nicht erfolgreich bekämpfen. Gelingen ist Belehrung in kleinen Bezirken über Rechte und Pflichten der Kassenmitglieder sehr ersprießlich. Aber wichtiger ist noch die Aufklärung auf volkshygienischem Gebiet durch Lichtbild und Film. Die Erfolge in Götting und Kattihar und anderen vielen Städten in den Vorjahren haben uns mit Freude erfüllt. Redner verweist auf die von der Geschäftsstelle aufgebauten Ausstellungen „Mutter und Kind“ und „Wie schütze ich mich vor Unfallgefahren“. Dieser Aufstellung kann Leben verliehen werden, wenn die Krankentassen regelmäßige Führungen durch die Ausstellung durch Ärzte veranstalten. Die Kosten sind nur mäßige, die Erfolge aber unbeschreiblich.

Bei Führungen stellen sich jetzt die ministeriellen Verordnungen wegen Gebrauch des Kinolichtapparats hindernd in den Weg. Aber hier kann die Geschäftsstelle dadurch Abhilfe schaffen, daß den Kassen Filmapparate mit feuerlöschenden Kammerlichtweiser zur Verfügung gestellt werden können. Es empfiehlt sich, bei solchem leichten Gebrauch, dann Führungen auf eine längere Zeit am Orte für die Versicherten stattfinden zu lassen, damit die Unkosten sich verringern. Dem Vortrag folgt: Vorführung von Lichtbildern und Filmen.

Der Referent wies außerdem noch auf die Verbreitung der Zeitschrift „Gesundheit“ hin, die im Interesse der Volksbildung von Krankentassen viel intensiver als bisher betrieben werden müßte. Beifällig wurden die vorgeschlagenen Filme: „Unfallgefahren auf der Straße“, „Was jeder von der Krankenversicherung wissen muß“ und der neuzeitliche Film „Der Krebs und seine Bekämpfung“ aufgenommen.

- Die Geschäftsstelle ist im Besitz der Filme:
1. „Im Schatten der Eiche“, ein Kulturfilm.
 2. „Ein Gesundheitsplegefilm, betitelt „Wie es kommen kann“.
 3. „Die Ernährung des Menschen“.
 4. „Falsche Scham“, ein Film zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
 5. „Der Krebs und seine Bekämpfung“

und einer ganzen Reihe von Lichtbildvorträgen. Anschließend besichtigten die Kassenvertreter den Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau.

In dem Tagungsraum waren die Ausstellungen: „Mutter und Kind“ und die Ausstellung der „Gemeinnützigen Heilmittelvertriebsgesellschaft“, sowie eine ganze Reihe moderner Rechenmaschinen zur Besichtigung ausgestellt.

Die Beratungen des zweiten Verhandlungstages wurden durch zwei wichtige Fachreferate eingeleitet, die das Interesse der Delegierten fanden.

Herr Geschäftsführer Berichts, Allgemeine Ortskrankenkasse Sankt-Kreis, referierte über:

„Arbeitsgemeinschaften der Krankentassen im Bezirk eines Versicherungsamtes“

Seine Ausführungen gipfelten in der Betonung der gegenwärtigen Arbeit und erfolgreichen Betätigung durch Arbeitsgemeinschaften des getrennten Krankentassen, lediglich sie. Wohl wäre der ideale Zusammenschluß die Einheitskasse. Das ist aber bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der bestehenden Körperschaften vorläufig noch nicht zu erwarten. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn alle Kassen im Bezirk eines Versicherungsamtes sich zusammenschließen. Es muß aber darauf geachtet werden, daß die Arbeitsgemeinschaften Rechtsfähigkeit erhalten. Wo das nicht ist, erhalten die Verhandlungen einen hierfür geeigneten Charakter. Arbeitsgemeinschaften müssen sich auch eine Satzung geben. Das Aufgabengebiet der Arbeitsgemeinschaften ist ein sehr vielseitiges. Nicht nur Arztverträge, Verhandlungen mit Spruch-, Vertrags- und Infektionsauswahlen, sondern auch in einer ganzen Reihe von Fragen, die Krüppel, Schwangere, Wöchnerinnen, Schul-

„Neuzeitliche Verwaltungsorganisation, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsgemeinschaften jeglicher Art“

Seine Ausführungen galten mehr der Zukunft. Der Erlaß der Notverordnung ist die unmittelbare Folge des wirtschaftlichen Niederganges. Auf alle Fälle werden die Krankentassen von den Wirtschaftsverhältnissen beeinflusst und doch ist die Wahrung und der Schutz und die Erhaltung der Arbeitskraft die vornehmste Aufgabe der Sozialversicherung. Die rückläufige Bewegung in dieser Frage, ist bedauerlich, kann aber nicht geändert werden. Deshalb müssen sich auch die Krankentassen den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen. Die Form der Anpassung ist abhängig von der Tätigkeit der Verwaltungskörper. Dauernd wird die Krise auf der Wirtschaft nicht lassen. Wir haben ja schon viel schlimmeres hinter uns gebracht. Er erinnert an die Auswirkungen der Inflation. Auch diese haben die Krankentassen überstanden. Sie sind aus ihr neu entstanden, wie der Phönix aus der Asche.

Der Krankentassenangestellte ist aber im höheren Maße abhängig von den Mitgliedern und ihren Verwaltungsorganen. Er empfängt Eindrücke von diesen und Anregungen aus Versicherterkreisen. Der Geschäftsführer einer Krankentasse ist daher gezwungen, sich diesen Eindrücken zu unterwerfen.

Wenn man in den letzten Tagen eine unmaßliche Kritik gegen die Führung der Krankentassen eingeleitet hat, die selbst bei den gelebenden Körperschaften zu Maßnahmen führte, die uns Praktiker unverständlich waren,

so konnten sich doch alle Kritiker der Tatsache nicht entziehen, daß heute und auch in Zukunft die Krankentassen an Billigkeit der Verwaltungsstellen von keinem anderen Zweige einer öffentlichen Verwaltung oder Privatversicherung erreicht werden.

Das und auch vieles andere sind die Beweismittel, die wir unseren Gegnern immer erfolgreich vorhalten konnten.

Die Notverordnung wird vermutlich eine Herabsetzung des Etats hervorrufen. Die Schätzungen darüber sind mehr oder weniger Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Es kann eintreten, daß sich dadurch die Höhe der Verwaltungskosten bei den Krankentassen vermindern wird. Aber das wird auch nicht wesentlich ins Gewicht fallen.

Lochmaschinen wird für einzelne Kassen viel zu teuer. Deshalb mangelt es an einer Einheitsstatistik. Wenn aber die Prüfstelle diese moderne Maschine anschafft und sie in den Dienst der gesamten Krankenkassen stellt, dann ist die Einheitsstatistik möglich. Dann kann jeder Kasse das statistische Material übergeben werden, aus dem zu ersehen ist, die Mängel der Verwaltung, die Ueberschreibung durch Vielverreiber der Ärzte und andere Dinge mehr.

Die Privatwirtschaft hat uns hier Wege gewiesen, die zu gehen wir uns nicht zu scheuen haben. Planmäßige Ausgliederung der Verwaltung der Krankenkassen muß möglich sein. Die Handhabung der Verwaltungstechnik ist uns außerordentlich wichtig.

Zur Frage der Gründung von Arbeitsgemeinschaften muß unterschieden werden von zentralen und lokalen Instanzen. Die Arbeitsgemeinschaften nach § 405 und 414 der RVO. werden immer nur Rechtsbeistände bleiben. Ein großer Teil der Arbeitsgemeinschaften wäre überflüssig, wenn die vielen kleinen Kassengebilde aufgelöst werden könnten.

Wenn der Umfang dieser kleinen leistungsunfähigen Kassengebilde beteiligt wird, dann brauchen wir keine Arbeitsgemeinschaften, sondern zentral wirkende Organisationen. Durch Arbeitsgemeinschaften werden nur kleine, nicht leistungsfähige Kassengebilde künstlich am Leben erhalten. Deshalb warne er vor überflüssiger Gründung und Anschließ an Arbeitsgemeinschaften.

Vieles von dem Gesagten wird sich nur langsam einführen lassen. Wir wollen, daß die Krankenkassen kein Spielball der Wirtschaftskrise werden, sondern müssen den guten Ruf der Krankenkassen erhalten. Deshalb müssen wir Sorge tragen, daß durch geeignete Reformmaßnahmen auch die Krankenkassen weiter leistungsfähig bleiben und weiter die billigst verwalteten Einrichtungen sind. Wir müssen uns nicht nur ergänzen und behaupten, sondern wir müssen fortstreben im höheren Interesse der Versicherten und der Sozialversicherung.

Die Kasprache über diesen Punkt war recht reger. Es beteiligten sich die Herren Hoffmann-Waldburg, Prantisch-Niesky, Mordehai-Schweidnitz.

Herr Köglsperger-Bunzlau stimmt der Auffassung zu, daß Arbeitsgemeinschaften nur Rechtsbeistände sind. Die Einheitsstatistik in der Sozialversicherung und Zentralisierung ist anzustreben.

Herr Baumann-Guhrau fordert den Hauptverband auf, dahin zu wirken, daß die vom Staat den Krankenkassen auferlegten Nebenarbeiten, wie Berechnung der Wochenhilfe, Einzug von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, Behandlung der Versorgungsberechtigten, den Krankenkassen abgenommen werden, denn diese Arbeiten belasten die Krankenkassen nur mit Unkosten und am Ende müßten sie noch sehen, wie sie das verauslagte Geld hereinbekommen.

Herr Verwaltungsdirektor Kirchhoff-Breslau weist auf die Ursachen der Entstehung der Arbeitsgemeinschaften hin. Der große Verzeitszeit im Jahre 1914 zwang die Spitzenverbände zu gemeinsamer Abwehrarbeit. Wenn nun diese Tatsache zur Arbeitsgemeinschaft in Provinzen führte, so doch auch nur zu dem Zwecke, um Nachteile der Krankenkassen abzuwehren. Es wurde das gegenseitige Ausfällen gegenseitiger Ärzteverträge mit dem Zusammengehen unterstanden. Denken wir an die günstigen Abschlüsse mit Optikern und Apothekern. Auch hier haben sich die Arbeitsgemeinschaften bewährt.

Die Kasse, daß an einem Orte 6 bis 18 verschiedene Krankenkassenarten aufzuführen sind, sind der Krankenkassenbewegung schädlich. Er ist der Meinung, daß die Reichsversicherungsordnung dahin umgearbeitet werden muß, daß wir zugleich Träger der Invaliden- und Jugendversicherung sind. Durch diese Zusammenlegung würden wir dem Staate sehr viele Ausgaben für Verwaltungsstellen ersparen können. Solange der Gesetzgeber die kleinen Kassengebilde bestehen läßt, wird es außerordentlich schwer werden, zu einer Einheitsstatistik der Kassenverwaltung zu kommen. Deshalb muß man jetzt schon die Geschäftsführer kleiner Kassen jähren zu überzeugen, daß das Angehen der kleinen Kassen in größere Kassengebilde zum Vorteile der Gesamtheit führt.

Im Schlußwort führt Herr Verwaltungsdirektor Rosenbaum das Beispiel des Freistaates Hamburg an. Dieser Staat hat Preußen erklärt, nicht leben zu können, wenn er nicht einen Grenzstreifen preussischer Landes zurückerhält. Der preussische Minister aber antwortete, wenn Hamburg leben will, soll es preussisch werden. So ähnlich geht es heute den kleinen Krankenkassen.

Wenn behauptet wird, daß in den Arbeitsgemeinschaften 7 bis 14 verschiedene Krankenkassenarten sich zusammenfinden, dann frage ich, wozu die kleinen Kassengebilde. Das ist kein Idealzustand. Es kann die Befolgsfrage des Geschäftsführers beim Zusammenlegen kleiner Kassen nicht ausschlaggebend sein. Wir müssen auf der Hut sein, damit die Entwicklung nicht über uns hinweg geht. Warum geht es bei den Reichsversicherungsstellen. Sie haben die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung gemeinsam mit der Krankenversicherung zu verwalten.

Richtig sagt Verwaltungsdirektor Kirchhoff, daß kleine Kassen nicht rationalisieren können. Wir müssen deshalb planmäßig den Verwaltungsapparat der Krankenkassen modernisieren. Wenn wir auf diesem Wege fortstreben, brauchen wir keine Arbeitsgemeinschaften. Sie bilden oft ein Hindernis zum Wege der Zentralisation und müssen deshalb nur als Vorstufe zur Zentralisation dienen.

Es liegt nicht der geringste Grund vor, getrennt zu marschieren. Wir müssen zusammenhalten, weil uns von oben Hilfe nicht kommen wird.

Herr Geschäftsführer Berschy führt in seinem Schlußwort an, daß Arbeitsgemeinschaften ohne Rechtsfähigkeit nichts bedeuten. Er schließt sich den Ausführungen Rosenbaums an. Wir haben uns beide ergänzt. Während Herr Verwaltungsdirektor Rosenbaum die Art der Organisation für die Zukunft gesichert wissen will, setze ich auf dem Standpunkt der Gegenwart.

Damit schloß die sehr interessant verlaufene Debatte.

Zum Tagesordnungspunkt

Rechtsfragen

Führte Geschäftsführer Berschy eine ganze Anzahl Fälle an. Zunächst ging er in kurzen Worten auf die Arztfrage ein. Bezüglich Anzeichen lassen erkennen, daß die Arztfrage die Kündigung der bestehenden Arztverträge nach gewissem Muster betrifft. Dem muß entgegengearbeitet werden, sei es die Frage der Verminderung der Anzahl der Ärzte oder die Frage der Erhöhung der Vergütungsziffer. Auf jeden Fall muß die Geschäftsstelle von der beabsichtigten oder bereits durchgeführten Kündigung von Arztverträgen unterrichtet werden. Redner verweist auf Nr. 47 der „Deutschen Krankenkasse“ 1930, wo in einem Aufsatz „Gedanken zum neuen Arztrecht“ beachtliche Hinweise zu finden sind.

Ausgesteuerte Erwerblose erhalten die Anwartschaft in der Invalidenversicherung

Koch immer ist kein Ende der Wirtschaftskrise abzusehen. Im Gegenteil, ständig wächst die Zahl derer, welche aus der Arbeitslosenunterstützung oder der Krisenfürsorge ausgestellt sind und dem Reichsversicherungsamt übergeben werden. Solange die Erwerblosen der Versicherung unterstanden mußte auf Antrag von dieser auch dafür gesorgt werden, die Anwartschaften in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung nicht unterbrechen zu lassen. Leider haben von diesem Rechte die Erwerblosen sehr zu ihrem Schaden, keinen Gebrauch gemacht. Viele aus Unwissenheit. Es besteht ja leider noch kein Zwang zur Abgabe der Invalidenarten beim Beginn der Arbeitslosenunterstützung. Abgesehen davon, kann wenigstens in einem gewissen Zwischenraum das Verbleiben nachgeholt werden, nämlich wenn nicht ein größerer als zweijähriger Zeitraum zwischen der jetzt verwendeten Beitragsperiode und der nachzuliefernden Beiträgen liegt.

Anders werden die Verhältnisse, wenn das Reichsversicherungsamt die Erwerblosen zu betonen hat. In den weitaus meisten Fällen werden die Arbeitslosen es unterlassen, dem Reichsversicherungsamt mitzuteilen, daß auch die Beiträge zur Invalidenversicherung ein wichtiger Teil der Unterhaltungsleistung sind. Es besteht kein Zweifel, daß ein vernünftig geleitetes Wohlfahrtsamt auf Antrag ohne weiteres dafür sorgen wird, die Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrecht zu erhalten. Das liegt im Grunde genommen in der Verantwortung eigenen Interesses der Reichsversicherungsämter. Es ist sehr häufig anzunehmen, daß Wohlfahrtsämter invalide werden. Sichert

Es wird die Frage der Beteiligung der Versicherten an den Begegnungen nach § 205, Abs. 3 RVO. erörtert. Verschiedene Anfragen, wie § 189, 1 auszulegen ist, beantwortet.

Eine Anfrage, ob Mitglieder der „Vereinigten Krankenversicherung A.-G.“ Berlin, von der Krankenversicherungsbehörde auf § 514 in Lehmanns Handbuch, Seite 465, „Deutsche Krankenkasse“ 1928, Nr. 28, Sp. 749. Dort ist das Zeugnis der zugelassenen Erbschaften nachzulesen. Im Übrigen nach § 517 RVO. versicherungspflichtige Mitglieder der Erbschaften befreit von der Versicherungspflicht bei Ortskrankenkassen.

Die Anfrage, ob freiwillig Versicherte mit einem Einkommen nach § 189, 1 der RVO. erwirten können, nachdem bereits Vorstand satzungsgemäß eine Ermäßigung für diese festgelegt wird mit dem Hinweis auf die eben erlassene Verordnung Reichsarbeitsministers vom 10. November 1930 beantragt. Danach gilt die Vorschrift des § 189 für alle Mitglieder der Krankenkasse.

In der Frage der Vereinheitlichung der Grundlöhne den Grundlöhnen des RVO. wird die Eingabe des Sachverständigen verlesen, die an den Reichsarbeitsminister über die Frage „Musterjahrgang — Grundlöhne“ eingereicht wurde. Es bei den Lohnstufen-Einteilungen bleiben, die vom Hauptverband bei der Änderung des 2. Buches der RVO. im Juli 1927 geschlagen wurden.

Ueber die Frage der Beitragspauschalierung beim Erwerb der Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen sind Verhandlungen mit den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schönlage eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Zum Schluß berichtet der Geschäftsführer über das Ergebnis der Unterichtsreise. Solche können nur mit Hilfe der Zuschüsse der Krankenkassen durchgeführt werden für Oberlehrer in Opelein, für Niederlehrer in Liegnitz und in Waldenburg für den Bezirk Glogau soll ein Wochenendkursus eingeleitet werden.

Damit endete die überaus arbeitsreiche Tagung und der Vorsitzende, Herr Stadtrat Senf, schloß die Sitzung mit einem anfeuernden Schlußwort.

das Wohlfahrtsamt in solchen Fällen nicht die Anwartschaft weiche jenseit verloren gehen kann, dann hat es für alle Zeit die Gesamtleistung des Unterhaltes zu tragen, während anderen Fälle ein großer Teil desselben aus der Invalidenversicherung bestritten werden kann.

Wie ernst die Frage der Aufrechterhaltung der Anwartschaften werden kann, das hat die grauenhafte Zeit der Inflation gelehrt, in welcher zehntausende fleißiger Arbeiter, die brotlos waren, außerstande waren, ihre Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrecht zu erhalten. Sie legten vielleicht auch keinen Wert darauf, da es ohnehin schien, als ob die gesamte Sozialversicherung zugrunde gehen werde oder als ob zum mindesten, wie es auch geschah, die verwendeten Beiträge nichts nützen würden. Unabhängig jedoch davon, daß die vom 1. September 1921 zum 31. Dezember 1923 geleisteten Beiträge nicht im Steigerungsmaß erscheinen, sind sie unentbehrlich gewesen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft. So ist es gekommen, daß Arbeiter, welche ihre Beiträge abgeführt haben, keine Invaliden erhalten konnten. Soll durch diese katastrophale Arbeitslosigkeit neuem für Millionen die Anwartschaft unterbrochen oder dauernd zerstört werden? Das darf nicht sein! Darum ist alle in Fürsorgeausschüssen tätigen Sozialdemokraten dafür, daß den zu betreuenden Erwerblosen die Invalidenarten gesichert und von Amts wegen in Ordnung gehalten werden, damit die Anwartschaft erhalten bleibt. Der Mehraufwand Wohlfahrtsämter ist gering. Der auf diese Weise zu leistende Segen unbemessenbar.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Der internationale Arbeitslosenschutz

Wie steht's damit in den verschiedenen Ländern?

Zehnjährige hat die organisierte Arbeiterbewegung um eine Arbeitslosenversicherung gekämpft. Es mußte erst der Krieg und in seinem Gefolge eine fast totale Entschärfung der Wirtschaft kommen, um die Forderung dieser Forderung der Arbeiterklasse der Allgemeinheit zu veranschaulichen zu bringen. Lange Zeit war der Arbeitslosenschutz vom Bürgeramt stets als „Bürde auf die Sozialität“ abgelehnt worden. Heute ist in einer ganzen Reihe von Ländern, vornehmlich in den führenden Industrieländern — abgesehen von Amerika — eine Arbeitslosenversicherung oder eine ähnliche Unterstüßungsanordnung geschaffen.

In besten Recht es steht, wo die Gewerkschaften Einfluß haben, um sich zu bemühen, wo nur Kapitalisten, die jedoch aber Konsumieren des Geldes in der Hand haben.

Als in Amerika, in Italien und in England. In diesen Ländern sind die Arbeitslosen entweder der reinen Wohlfühlbarkeit ausgesetzt oder auf ein paar betriebsliche Unterstüßungsleistungen angewiesen oder sogar der Arbeitslosenunterstützung wieder beraubt. Der Arbeitslosenschutz ist für den Arbeiter, den die Lage gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie mühsamer gemacht haben, der beste sozialpolitische Schutz.

In Europa besteht in etwa 25 Ländern eine Arbeitslosenversicherung.

In zehn Ländern ist die Arbeitslosenunterstützung eine Zwangsversicherung, während sie in den übrigen Ländern als freiwillige Versicherung besteht. Die Zwangsversicherung erfolgt in Deutschland, Österreich, Ungarn, Groß-Britannien, Island, Italien und Polen und 6 Millionen Arbeitslosen, während in den anderen Ländern nur 2 bis 3 Millionen Arbeitslosen in der Bereich der freiwilligen Versicherung fallen. Gegen die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt, daß die Zwangsversicherung die wirksamste Versicherungsform ist, da die freiwillige Versicherung nicht ausreicht, um alle Arbeitslosen gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Sehr schätzenswert sind ferner die Arbeitslosenunterstützungen in den Ländern der Mittelmeerregion.

Manche Länder haben einen festen Unterstüßungslohn, während andere die Höhe der Unterstüßung nach Verdienst und Lohngruppen bemessen. Die Dauer der Unterstüßung beträgt, am ehesten Beispiele zu nennen: in Italien 15 Wochen jährlich, in Belgien 30 Tage jährlich, in Dänemark 70 Tage, in Island 30 Tage — in Deutschland und in Großbritannien sowie in Island 30 Wochen. In all diesen Ländern ist die Möglichkeit einer Verlängerung der Dauer des Unterstüßungsbezugs in Krisenzeiten vorgesehen. Das Problem der Unterstüßung der Saisonarbeiter ist völlig uneinheitlich geregelt. Einzelne Länder schließen die Saisonarbeitslosigkeit ausdrücklich von der Versicherung aus, während die Arbeiter fast überall in den Rahmen der Unterstüßungsversicherung fällt.

Die Ausprägung der Mittel

unterschiedlich ist überall durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Organisationen. Die Beiträge sind bei den einzelnen Ländern verschieden. In Belgien besteht der Staat und die Gemeinden 30 Prozent der Beiträge. In Dänemark werden vom Staat 35 Prozent und von den Gemeinden 20 Prozent der Beiträge geleistet. In Großbritannien und Island zahlen die öffentlichen Körperschaften etwa ein Drittel und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenfalls je ein Drittel der Kosten. Auch in Österreich, Polen und in verschiedenen anderen Ländern trägt fast ausschließlich der Staat zur Finanzierung der Versicherung bei, während in Deutschland das Reich zunächst nur Darlehen an die Kantonsämter gab; erst seit Beginn dieses Jahres werden auch Beiträge gegeben. Jedes Darlehen und Zinsfuß soll nach dem Programm der Regierung verringert werden, wegen sich die Gewerkschaften mit aller Energie bemühen. Die Krisenfürsorge wird in Deutschland in der Hauptsache vom Reich allein finanziert, während die Reichsversicherungsämter nur die Gemeinden trifft.

Die Finanzierung der Versicherung

ist in den einzelnen Ländern ebenfalls sehr verschiedenartig. Eine so ausgeprägte Selbstverwaltung, wie sie in Deutschland bei der Reichsversicherung grundsätzlich besteht, findet sich in keinem anderen Lande, abgesehen von Island, obwohl bei der Zwangsversicherung als auch bei der freiwilligen Versicherung die

Arbeitslosenbehörden und die etwa bestehenden besonderen Ausschüsse die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verwaltung hinzuziehen.

Beim Internationalen Arbeitsamt sind, allem von Seiten der Arbeitnehmergruppe, Bestrebungen im Gange, in der Frage des Arbeitslosenschutzes ein internationales Uebereinkommen herbeizuführen. Die Arbeiterschaft konzentriert ihr Interesse für ein internationales Einkommen naturgemäß auf eine Erfassung aller Risiken Arbeitslosigkeit einschließlich der sogenannten Saisonarbeitslosigkeit, auf eine ausreichende Unterstüßung einschließlich der Unterstüßung arbeitsloser Ausländer und auf den Grundlag der Verwaltung der Versicherungsträger. Daß an der Aufbringung der Mittel neben den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor allem der Staat beteiligt sein muß, versteht sich nach den in letzten Jahren gemachten Erfahrungen von selbst. Die Arbeitslosigkeit ist keine Angelegenheit, die nur die Arbeitnehmer interessiert, sondern eine Gefahr, die das ganze Volk und alle der Weltwirtschaft beteiligten Völker angeht. Daraus ergibt sich für die Staaten die Verpflichtung, ihrerseits auch in internationalen Maßstab zur Bekämpfung des größten Übels der kapitalistischen Wirtschaft beizutreten.

Tariffündigungen im Berliner Einzelhandel

Der Arbeitgeberverband des Berliner Einzelhandels den Gehaltsstufen zum 1. Januar gekündigt. Von der Kündigung werden rund 50.000 Angestellte des Berliner Einzelhandels betroffen. Die Funktionäre des J.d.A. nehmen am 3. Dezember dem Kündigungsschreiben Stellung.

In der Schwarzwalder Uhrenindustrie

In der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes sind von den Arbeitgebern des Lohnabkommen zum Ende Jahres gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband hat eine Lohnkürzung, die mehr als 8 P. pro Stunde ausmacht.

Im Kölner Einzelhandel

Der Arbeitgeberverband im Kölner Einzelhandel hat das Gehaltsabkommen zum 31. Dezember gekündigt. Der Arbeitgeberverband für die Industrie in Köln hat das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt.

Für die Duisburger Hafenarbeiter

In Duisburg ist, wie aus dort gemeldet wird, ein Lohnabkommen mit den Hafenarbeitern von den Arbeitgebern zum Zwecke eines Lohnabkommens gekündigt worden.

Arbeitslosigkeit bei den Meiner-Werken

Bei den Meiner-Werken in Oberdorf (Sachsen) werden im Dezember weitere Entlassungen erfolgen. Bereits sind nun schon an vier Tagen in der Woche

Wohlfahrtsmaschine wird für einzelne Klassen viel zu teuer. Deshalb mangelt es an einer Einheitsstatistik. Wenn aber die Prüfstelle diese moderne Maschine anschafft und sie in den Dienst der gesamten Krankentassen stellt, dann ist die Einheitsstatistik möglich. Dann kann jeder Klasse das statistische Material übergeben werden, aus dem zu ersehen ist, die Mängel der Verwaltung, die Uebervorteilung durch Vielverschreiber der Bezüge und andere Dinge mehr.

Die Privatwirtschaft hat uns hier Wege gewiesen, die zu gehen wir uns nicht zu scheuen haben. Vornämlich die Ausgleichung der Verwaltung der Krankentassen muß möglich sein. Die Handhabung der Verwaltungstechnik ist uns außerordentlich wichtig.

Zur Frage der Gründung von Arbeitsgemeinschaften muß unterschieden werden von zentralen und lokalen Instanzen. Die Arbeitsgemeinschaften nach § 408 und 414 der RVO. werden immer nur Rechtsbeihilfe bleiben. Ein großer Teil der Arbeitsgemeinschaften wäre überflüssig, wenn die vielen kleinen Kassengebilde aufgelöst werden könnten.

Wenn der Unzug dieser kleinen leistungsunfähigen Kassengebilde beseitigt wird, dann brauchen wir keine Arbeitsgemeinschaften, sondern zentral wirkende Organisationen. Durch Arbeitsgemeinschaften werden nur kleine, nicht leistungsfähige Kassengebilde künstlich am Leben erhalten. Deshalb warne er vor überhätiger Gründung und Anschluß an Arbeitsgemeinschaften.

Viele von dem Gesagten wird sich nur langsam einführen lassen. Wir wollen, daß die Krankentassen kein Spielball der Wirtschaftskrise werden, sondern müssen den guten Ruf der Krankentassen erhalten. Deshalb müssen wir Sorge tragen, daß durch geeignete Reformmaßnahmen auch die Krankentassen weiter leistungsfähig bleiben und weiter die billigst verwalteten Einrichtungen sind. Wir müssen uns nicht nur ergänzen und behaupten, sondern wir müssen fortschreiten im höheren Interesse der Versicherten und der Sozialversicherung.

Die Aussprache über diesen Punkt war recht reger. Es beteiligten sich die Herren Hoffmann-Waldenburg, Prantisch-Riesch, Nordstein-Schweidrich.

Herr Rögler-Sunzlau stimmt der Auffassung zu, daß die Arbeitsgemeinschaften nur Notbehelfe sind. Die Einheitsstatistik in der Sozialversicherung und Zentralisierung ist anzustreben.

Herr Baumann-Gubrow fordert den Hauptverband auf, dahin zu wirken, daß die vom Staat den Krankentassen auferlegten Nebenarbeiten, wie Berechnung der Wochenhilfe, Einzug von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, Behandlung der Versorgungsberechtigten, den Krankentassen abgenommen werden, denn diese Arbeiten belasten die Krankentassen nur mit Unkosten und am Ende müßten sie noch leben, wie sie das verauslagte Geld hereinbekommen.

Herr Verwaltungsdirektor Kirchhoff-Breslau weist auf die Ursachen der Entstehung der Arbeitsgemeinschaften hin. Der große Verzeiter im Jahre 1914 zwang die Spitzenverbände zu gemeinsamer Arbeit. Wenn nun diese Tatsache zur Arbeitsgemeinschaft in Provinzen führte, so doch auch nur zu dem Zweck, um Nachteile der Krankentassen abzumehren. Es wurde das gegenseitige Auspielen günstigerer Arztverträge mit dem Zusammengehen unterbunden. Denken wir an die günstigen Abschüsse mit Optikern und Apothekern. Auch hier haben sich die Arbeitsgemeinschaften bewährt.

Die Tatsache, daß an einem Orte 6 bis 18 verschiedene Krankentassenarten anzufinden sind, sind der Krankentassenbewegung schädlich. Er ist der Meinung, daß die Reichsversicherungsordnung dahin umgearbeitet werden muß, daß wir zugleich Träger der Invaliden- und Angestelltenversicherung sind. Durch diese Zusammenlegung würden wir dem Staate sehr viele Ausgaben für Verwaltungslohn ersparen können. Solange der Geschäftsführer kleiner Kassen suchen zu überzeugen, daß das Aufgehen der kleinen Kassen in größere Kassengebilde zum Vorteil der Gesamtheit führt.

Im Schlußwort führt Herr Verwaltungsdirektor Kolonnen das Beispiel des Freistaates Hamburg an. Dieser Staat hat Preußen erklärt, nicht leben zu können, wenn er nicht einen Grenzstreifen preussischen Landes zurückerhalte. Der preussische Kaiser aber antwortete, wenn Hamburg leben will, soll es preussisch werden. So ähnlich geht es heute den kleinen Krankentassen.

Wenn behauptet wird, daß in den Arbeitsgemeinschaften 7 bis 14 verschiedene Krankentassen sich zusammenfinden, dann frage ich, wozu die kleinen Kassengebilde. Das ist kein Idealzustand. Es kann die Befolgung der Geschäftsleiter beim Zusammenlegen kleiner Kassen nicht ausschlaggebend sein. Wir müssen auf der Hut sein, damit die Entwicklung nicht über uns hinweg geht. Warum geht es bei den Reichsversicherungsstellen. Sie haben die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung gemeinsam mit der Krankenversicherung zu verwalten.

Richtig sagt Verwaltungsdirektor Kirchhoff, daß kleine Kassen nicht rationalisieren können. Wir müssen deshalb planmäßig den Verwaltungsapparat der Krankentassen modernisieren. Wenn wir auf diesem Wege fortschreiten, brauchen wir keine Arbeitsgemeinschaften. Sie bilden oft ein Hindernis zum Wege der Zentralisation und müssen deshalb nur als Vorstufe zur Zentralisation dienen.

Es liegt nicht der geringste Grund vor, getrennt zu marschieren. Wir müssen zusammenhalten, weil uns von oben Hilfe nicht kommen wird.

Herr Geschäftsführer Werschke führt in seinem Schlußwort an, daß Arbeitsgemeinschaften ohne Rechtsfähigkeit nichts bedeuten. Er schließt sich den Ausführungen Rosenbaums an. Wir haben uns beide ergänzt. Während Herr Verwaltungsdirektor Rosenbaum die Art der Organisation für die Zukunft gesichert wissen will, siehe ich auf dem Standpunkt der Gegenwartsarbeit.

Damit schloß die sehr interessante verlaufene Debatte. Zum Tagesordnungspunkt

Rechtsfragen

Führte Geschäftsführer Peidert eine ganze Anzahl Fälle an. Zunächst ging er in kurzen Worten auf die Arztfrage ein. Verschiedene Anzeichen lassen erkennen, daß die Ärzteschaft die Kündigung der bestehenden Arztverträge nach gewissem Muster beirät. Dem muß entgegengetreten werden, sei es die Frage der Verminderung der Hauszahlungen oder die Frage der Erhöhung der Vergütungssätze. Auf jeden Fall muß die Geschäftsstelle von der beabsichtigten oder bereits durchgeführten Kündigung von Arztverträgen unterrichtet werden. Redner verweist auf Nr. 47 der „Deutschen Krankentasse“ 1930, wo in einem Aufsatz Gedanken zum neuen „Arztrecht“ beachtliche Hinweise zu finden sind.

Ausgesteuerte Erwerbslose erhalten die Anwartschaft in der Invalidenversicherung

Noch immer ist kein Ende der Wirtschaftskrise abzusehen. Im Gegenteil, ständig wächst die Zahl derer, welche aus der Arbeitslosenunterstützung oder der Arbeitslosenrente ausgeteuert und den Bezirksfürsorgeverbänden übergeben werden. Solange die Erwerbslosen der Versicherung unterstanden müßte auf Antrag von dieser auch dafür gesorgt werden, die Anwartschaft in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung nicht unterbrechen zu lassen. Leider haben von diesem Recht die Erwerbslosen sehr zu ihrem Schaden keinen Gebrauch gemacht. Viele aus Unwissenheit. Es besteht ja leider noch kein Zwang zur Abgabe der Invalidenfürsorgebeiträge beim Bezug von Arbeitslosenunterstützung. Abgesehen davon, kann meistens in einem gewissen Zwischenraum das Verbleiben nachgefragt werden, nämlich, wenn nicht ein größerer als zweijähriger Wartezeitraum zwischen der jetzt verwendeten Beitragsmarke und den nachzuleistenden Beiträgen liegt.

Anders werden die Verhältnisse, wenn das Wohlfahrtsamt die Erwerbslosen zu betreten hat. In den weitesten Kreisen werden die Arbeitslosen es unterlassen, dem Bezirksfürsorgeverband mitzuteilen, daß auch die Beiträge zur Invalidenversicherung ein wichtiger Teil der Unterhaltungsleistung sind. Es besteht kein Zweifel, daß ein vernünftig geleitetes Wohlfahrtsamt auf Antrag ohne weiteres dafür sorgen wird, die Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrecht zu erhalten. Das liegt im Grunde genommen im wohlerwogenen eigenen Interesse der Bezirksfürsorgeverbände. Es ist sehr häufig anzusehen, daß Wohlfahrtsamterwerbslose invalide werden. Eichert

Es wird die Frage der Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Invalidenversicherung, wie § 189, 1 ausgelegt ist, beantwortet.

Eine Anfrage, ob Mitglieder der „Vereinigten Krankenversicherung A.G.“ Berlin, von der Krankenversicherung bei Ortskrankentassen entbunden sind, wird verneint. Es hingewiesen auf § 514 in Lehmanns Handbuch, Seite 465. „Deutsche Krankentasse“ 1928, Nr. 28, Sp. 749. Dort ist das Verzeichnis der zugelassenen Ortskrankentassen nachzulesen. Im Übrigen nach § 517 RVO. versicherungspflichtige Mitglieder bei Ortskrankentassen befreit von der Versicherungspflicht bei Ortskrankentassen.

Die Anfrage, ob freiwillig Versicherte mit einem Einkommen über 300 Mark monatlich eine nochmalige Kürzung des Beitrags nach § 189, 1 der RVO. erwirken können, nachdem bereits Vorstand satzungsgemäß eine Ermäßigung für diese Kategorie von Beiträgen im Besonderen durch den Reichsarbeitsminister vom 10. November 1930 beantragt wurde, ist die Vorschrift des § 189 für alle Mitglieder der Krankentasse.

In der Frage der Vereinheitlichung der Grundlöhne der Grundlöhne des RVO. wird die Eingabe des Landesverbandes verlesen, die an den Reichsarbeitsminister über die Frage „Musterkategorie — Grundlöhne“ eingereicht wurde. Bei den Lohnstufen-Einteilungen bleiben, die vom Hauptverband bei der Änderung des 2. Buches der RVO. im Juli 1927 geschlagen wurden.

Ueber die Frage der Beitragspauschalierung beim Erwerb der Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen sind Verhandlungen mit den Präsidenten des Landesarbeitsamtes eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Zum Schluß berichtet der Geschäftsführer über das Finden der Unterzahlungen. Solche können nur mit Hilfe Zuschusses der Krankentassen durchgeführt werden für Oberzahlungen in Osnabrück, für Niederzahlungen in Diegnitz und in Walden. Für den Bezirk Glogau soll ein Wochenendkursus eingerichtet werden.

Damit endete die überaus arbeitsreiche Tagung und Vorsitzende, Herr Stadtrat Senf, schloß die Sitzung mit einem anfeuernden Schlußwort.

das Wohlfahrtsamt in solchen Fällen nicht die Anwartschaft, welche schnell verloren gehen kann, dann hat es für alle Fälle die Gesamtleistung des Unterhaltes zu tragen, während anderen Fälle ein großer Teil desselben aus der Invalidenversicherung bestritten werden kann.

Wie ernst die Frage der Aufrechterhaltung der Anwartschaft werden kann, das hat die grauenhafte Zeit der Inflation gelehrt, in welcher Zehntausende fleißiger Arbeiter, die broilos waren, ihre Anwartschaft in der Invalidenversicherung aufrecht zu erhalten. Sie legten vielleicht auch keinen Wert darauf, da es ohnehin schien, als ob die gesamte Sozialversicherung zugrunde gehen werde oder als ob zum mindesten, wie es auch geschah, die verwendeten Beiträge nichts nützen würden. Unabhängig jedoch davon, daß die vom 1. September 1929 zum 31. Dezember 1929 geleisteten Beiträge nicht im Steigerjahre erscheinen, sind sie unentbehrlich gewesen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft. So ist es gekommen, daß Arbeiter, welche ihre Beiträge abgeführt haben, keine Invaliden erhalten konnten. Soll durch diese sinnlose Arbeitslosigkeit neuem für Millionen die Anwartschaft unterbrochen oder dauernd zerstört werden? Das darf nicht sein! Darum ist alle in Fürsorgeauschüssen tätigen Sozialdemokraten dazu, daß den zu betreuenden Erwerbslosen die Invalidenfürsorge gefordert und von Amts wegen in Ordnung gehalten werden, damit die Anwartschaft erhalten bleibt. Der Mehraufwand des Wohlfahrtsamtes ist gering. Der auf diese Weise zu leistende Segen unbemessenbar.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Der internationale Arbeitslosenschutz

Wie steht es damit in den verschiedenen Ländern?

Jahrzehntlang hat die organisierte Arbeiterbewegung um eine Arbeitslosenversicherung gekämpft. Es magte sich der Krieg und in seinem Gefolge eine zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskrise, um die Beseitigung dieser Forderung der Arbeiterbewegung der Allgemeinheit zu veranlassen zu können. Lange Zeit war der Arbeitslosenschutz vom Vorkriegszeit als „Prämie auf die Faulheit“ abgelehnt worden. Heute ist in einer ganzen Reihe von Ländern, namentlich in den führenden Industrieländern — abgesehen von Amerika — eine Arbeitslosenversicherung oder eine ähnliche Unterstützungsanordnung geschaffen.

Im letzten Jahr ist es dort, wo die Gewerkschaften Einfluß haben, am leichtesten, so zur Kapitalisten, Geschäftsmännern oder Kommunisten des Hofes in der Hand haben.

Es ist in Amerika, in Italien und in Spanien. In diesen Ländern sind die Arbeitslosen entweder der persönlichen Beschäftigung ungeschützt oder auf ein paar bestmögliche Unterstützungsgeld angewiesen oder sogar der Arbeitslosenunterstützung wieder beraubt. Der Arbeitslosenschutz ist für den Arbeiter, den die Höhe gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie wichtiger gemacht haben, der beste sozialpolitische Faktor.

In Europa besteht in etwa 25 Ländern eine Arbeitslosenversicherung.

In zehn Ländern ist die Arbeitslosenversicherung eine Zwangsversicherung während sie in den übrigen Ländern als freiwillige Versicherung besteht. Die Zwangsversicherung besteht in Deutschland, Österreich, Belgien, Groß-Britannien, Irland, Italien und Polen mit 6 Millionen Arbeitnehmern, während in den anderen Ländern nur 2 bis 3 Millionen Arbeitnehmern in der Beschäftigung der freiwilligen Versicherung sind. Schon die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt, daß die Zwangsversicherung die wirksamste Versicherungsform ist, da die freiwillige Versicherung nicht ausreicht, um alle Arbeitslosen gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Schon vorläufig hat sich die Arbeitslosenversicherung als ein wichtiger Faktor der Beschäftigung erwiesen.

Manche Länder haben einen festen Unterstützungssatz, während andere die Höhe der Unterstützung nach Verdienst und Lohngruppen bemessen. Die Dauer der Unterstützung beträgt, am einzigen Beispiele zu nennen: in Australien 15 Wochen jährlich, in Belgien 30 Tage jährlich, in Dänemark 70 Tage, in Finnland 90 Tage — in Deutschland und in Großbritannien sowie in Irland 13 Wochen. In all diesen Ländern ist die Möglichkeit einer Verlängerung der Dauer des Unterstützungsbezugs in Ausnahmefällen vorgesehen. Das Problem der Unterstützung der Saisonarbeiter ist völlig uneinheitlich geregelt. Einzelne Länder schließen die Saisonarbeitslosigkeit ausdrücklich von der Versicherung aus, während die Arbeitszeit fast überall in den Rahmen der Unterstützungsgesetzgebung fällt.

Die Beschaffung der Mittel erfolgt fast überall durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Körperschaften. Die Beiträge sind bei den einzelnen Ländern verschieden. In Belgien gemindert der Staat und die Gemeinden 30 Prozent der Beiträge. In Dänemark werden von Staat 35 Prozent und von den Gemeinden 30 Prozent der Beiträge geleistet. In Großbritannien und Irland zahlen die öffentlichen Körperschaften etwa ein Drittel und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenfalls je ein Drittel der Kosten. Auch in Österreich, Polen und in verschiedenen anderen Ländern trägt fast ausschließlich der Staat zur Finanzierung der Versicherung bei, während in Deutschland das Reich zunächst nur Darlehen an die Reichsämter gab; erst seit Beginn dieses Jahres werden auch Zuschüsse gegeben. Bei den Darlehen und Zuschüssen soll nach dem Programm der Regierung schließlich, mögegen sich die Gewerkschaften mit aller Energie stemmen. Die Arbeitslosenversicherung wird in Deutschland in der Hauptsache vom Reich allein finanziert, während die Wohlfahrtsamterwerbslosen nur die Gemeinden trifft.

Die Beschaffung der Mittel erfolgt in den einzelnen Ländern ebenfalls sehr verschiedenartig. Eine so verschiedene Beschaffung, wie sie in Deutschland bei der Arbeitslosenversicherung besteht, findet sich in keinem anderen Gebiet, abgesehen von dem Zustand sowohl bei der Zwangsversicherung als auch bei der freiwilligen Versicherung, die

Arbeitslosenbehörden und die etwa bestehenden besonderen Ämter die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verwaltung hinzuziehen.

Beim Internationalen Arbeitsamt sind, allem von Seiten der Arbeitnehmergruppe, Bestrebungen im Gange, in der Frage des Arbeitslosenschutzes ein internationales Übereinkommen herbeizuführen. Die Arbeitslosenfrage ist für ein internationales Übereinkommen naturgemäß eine Erlangung aller Möglichkeiten der Arbeitslosigkeit einschließlich der sogenannten Saisonarbeitslosigkeit, auf eine ausreichende Unterstützung einschließlich der Unterstützung arbeitsloser Ausländer und auf den Grundgedanken der Verwaltung der Versicherungsträger. Daß an der Ausübung der Mittel neben den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Staat auch beteiligt sein muß, versteht sich nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen von selbst. Die Arbeitslosigkeit ist keine Angelegenheit, die nur die Arbeitnehmer betrifft, sondern eine Gefahr, die das ganze Volk und die Weltwirtschaft beteiligten Völker angeht. Darum ist für die Staaten die Verpflichtung, ihrerseits auch in internationaler Maßstab zur Bekämpfung des größten Übels der kapitalistischen Wirtschaft beizusteuern.

Tarifforderungen im Berliner Einzelhandel

Der Arbeitgeberverband des Berliner Einzelhandels hat den Gehaltsstarif zum 1. Januar gekündigt. Von der Kündigung werden rund 50 000 Angestellte des Berliner Einzelhandels betroffen. Die Funktionäre des Z.A. nehmen am 3. Dezember dem Kündigungsschreiben Stellung.

In der Schwarzwälder Uhrenindustrie

In der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes von den Arbeitgebern das Lohnabkommen zum Ende dieses Jahres gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband hat eine Lohnaufhöhung, die mehr als 8 Pf. pro Stunde ausmacht.

Im Kölner Einzelhandel

Der Arbeitgeberverband im Kölner Einzelhandel hat das Gehaltsabkommen zum 31. Dezember gekündigt. Der Arbeitgeberverband für die Einzelindustrie in Köln hat das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt.

Für die Duisburger Hafenarbeiter

In Duisburg ist, wie aus dem dort gemachten Lohnabkommen mit den Hafenarbeitern zu ersehen ist, die Beschäftigung zum Zwecke eines Lohnabkommens gekündigt worden.

Arbeitslosigkeit bei den Manier-Werken

Bei den Manier-Werken in Oberhausen (Westfalen) werden im Dezember weitere Entlassungen erfolgen. Der Betrieb soll nur noch an vier Tagen in der Woche arbeiten.

Potsdamer „Glaubwürdigkeit“

Nachwort zum Frenzelurteil

Urteil, durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Urteilsbegründung ist in der Tat mehr als merkwürdig... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Die Autoren weisen ferner darauf hin, daß die Bestrafung... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Die unangeheure Zunahme der Blutschandeprozesse... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Tertianer verübt einen Heberfall

Ein anregender Vorfall spielte sich gestern abend in der... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Der Haslacher Berg, der im Süden von Kronach (Bayern)... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Sonneberger Rathaus zu verkaufen

Die Stadtverwaltung von Sonneberg (Thüringen) bemüht... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Nazis untereinander

Herr Hölzke fühlt sich ums Gehalt geprellt - Die geheimnisvolle Badereise des Abgeordneten Telschow - Hitler gibt „Aufträge“ - Es ist etwas faul im Dritten Reich

Vor dem Arbeitsgericht Harburg-Wilhelmsburg begann ein... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Hölzke auf dem Holzweg

Die Helden des Prozesses sehen nicht eben so germanisch... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Adolph Hoffmann †



Genosse Adolph Hoffmann, früherer Reichstagsabgeordneter... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Nase Krümmungen auf, die sie den prominenten Rassen... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Die Verschwörung

Eines Tages kam Hölzke nach Lehrte, wo er mit den beiden... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Die Weihe eines Königen-Denkmal in Remscheid-Lennep



das - ein Werk des Buppertaler Bildhauers Arno Breker... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Verdacht dem Gau Ost-Hannover, Telschow mußte sich verant... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Im Hintergrund der schöne Adolf

Es fiel Herrn Telschow offenbar nicht ganz leicht, sich aus... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Im Verlauf der Verhandlung kamen auch die Geld-... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Die SA meutert

Eines Tages brach bei den SA-Trupps des Gaues eine... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Zwischen Irenhaus und Kriegerverein

Inzwischen tobt vor Gericht der Kampf weiter. Einer wirft... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Anschlag auf einen Personenzug

Auf der Strecke Horn-Deuburg fuhr gestern abend ein... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Zuchthaus um 29 Mark

Ein Schwindler, der mit einem Mädchen zwei Tage in... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Zum Tode verurteilt

Der 22 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Kurt Adam aus... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Milch für 20 000 Kinder

In der Tschekoslowakei bekommen ab 1. Dezember 20 000... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Neuartiger Blindenschuh

Der Polizeipräsident von Paris plant eine neue Verordnung... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Erben gesucht!

In Worcester (England) starb ein gewisser Herr James... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Bau eines neuen Ozeanriesen

Interessante Einzelheiten über einen neuen Ozeanriesen... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Raubüberfall auf einen Steuergeldtransport

In Rumänien wurde auf der Chaussee zwischen Rube... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Heberfällige Illegale

Reiß Miller, die bekannte amerikanische Sportfliegerin... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel... durch das der Bornimer Amtsvorsteher Frenzel...

Eine Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats

Die Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats. Erster Band. Berlin 1930. Neuer Deutscher Verlag.

Die Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats des kommunistischen Kulturhistorikers, von dem vorläufigen Band vorliegt, verpricht in seiner Art ein Standardwerk zu werden. Sein Wert wird nicht dadurch vermindert, daß er sich dem großen Reichtum an Tatsachenmaterial, das in der Hand der kommunistischen Parteienschriftsteller zu finden ist, nicht hingibt. Diese Stellen verschwinden doch fast hinter dem großen Reichtum an Tatsachenmaterial, das in der Hand der kommunistischen Parteienschriftsteller zu finden ist, nicht hingibt. Diese Stellen verschwinden doch fast hinter dem großen Reichtum an Tatsachenmaterial, das in der Hand der kommunistischen Parteienschriftsteller zu finden ist, nicht hingibt.

Das Proletariat war bisher von der Kultur der Nationen, die es jeweils angeht, durch seine wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung fast völlig ausgeschlossen. In seinem kulturellen Elend, das naturgemäß auch eine starke geistige Verelendung nach sich zieht, muß, was es auch nicht will, eine eigene proletarische Kultur zu entwickeln. In der Kultur des Proletariats darstellen, sondern sie muß auf eine Schilderung der dem Proletariat aufgegebenen kulturellen Leistung hin auslaufen. In einer Schilderung einer kulturellen Leistung kann eine solche Geschichte erst seitdem der revolutionäre Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus begann. Die Darstellung hat denn auch in der Kultur des Proletariats dargestellt, sondern sie muß auf eine Schilderung der dem Proletariat aufgegebenen kulturellen Leistung hin auslaufen. In einer Schilderung einer kulturellen Leistung kann eine solche Geschichte erst seitdem der revolutionäre Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus begann.

Das Werk sieht bei seiner Schilderung ganz auf dem Boden des Materialismus. Deshalb wird zunächst das wirtschaftliche Elend des Proletariats dargelegt. Denn nur so ist der kulturelle Tiefstand zu erklären und darüber hinaus, als der anderen Klassen zu erweisen. Der Hauptzweck der Darstellung liegt aber auf der Schilderung dieses kulturellen Elends, des geistigen und menschlichen Elends selbst. In der Schilderung werden zunächst in kurzen Umrissen die kulturellen Phänomene der einzelnen Hauptklassen dargestellt, die des feudalen Menschen, des bürgerlichen Menschen und des proletarischen Menschen. Dann wird die Klassenlage des Proletariats, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern in geistig-kultureller Beziehung dargestellt. Zu diesem Zweck wird die Entstehung des Proletariats kurz rekapituliert, dann die Methoden der Verklammerung aufgezeigt, der Grad der kulturellen Verelendung, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht.

Die Methoden der Verklammerung aufgezeigt, der Grad der kulturellen Verelendung, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht. Die Methoden der Verklammerung aufgezeigt, der Grad der kulturellen Verelendung, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht. Die Methoden der Verklammerung aufgezeigt, der Grad der kulturellen Verelendung, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht, das Elend des Proletariats zum Ausdruck gebracht.

Das ist eine bedauerliche Ungenauigkeit. Es wäre zu wünschen, jedem Band die zu ihm gehörigen Anmerkungen gesondert beigegeben, zumal wenn man die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bänden des Wertes in langen, zeitlich geordneten Reihenfolgen zu lassen. Das ist eine bedauerliche Ungenauigkeit. Es wäre zu wünschen, jedem Band die zu ihm gehörigen Anmerkungen gesondert beigegeben, zumal wenn man die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bänden des Wertes in langen, zeitlich geordneten Reihenfolgen zu lassen.

Auch eine Utopie

Walter Müller: „Wenn wir 1918...“ Malik-Verlag, 456 S.

Der Gedanke, in der Form einer „realpolitischen“ Utopie, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert. Der Gedanke, in der Form einer „realpolitischen“ Utopie, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert, die sich dem Gedanken der sozialistischen Utopie nähert.

alles in Mitleid und Aktuelles angeknüpft, wird immer ein bestimmtes Lesepublikum finden.

Und der Politiker Walter Müller? Wenn wir 1918... auch im Rahmen einer sozialdemokratischen Einstellung läßt sich dazu vieles sagen. Manche falsche Grundeinstellungen, manche Unterlassungsünden sind uns nach dem Fazit dieser zwölf Jahre recht deutlich geworden. Schließlich ist ja auch rein organisatorisch ein großer Teil derer, die damals als unabhängige schärfste Kritiker der Mehrheitssozialdemokratie waren, mit der Partei verschmolzen. Die reifste Anerkennung des Verhaltens der Führer der Mehrheitssozialdemokratie von 1918, die Proklamierung ihrer Ideologie als eines Parteiprogramms ist nicht zum ehrenhaften Bestandteil unseres Parteiprogramms zu rechnen. Über Walter Müllers völlig unkritische, hakerfüllte, verneinende Schmähung jener Führer im Stile der kommunistischen Hysterie geht allerdings weit über den Rahmen des Besonderen hinaus, was irgend eine selbstbewußte Partei zu ertragen imstande ist. Dabei ist Müllers Buch tatsächlich Utopie, aber keine realpolitische. Gerade sein Phantastieren nach rückwärts liefert den indirekten Beweis, daß die Haltung der Ebert und Scheidemann eben nicht einem Renegatentum und einer Verräterei entsprang, wie es das kommunistische Dogma will. Das müßte jeder kritische deutsche Kommunist (gibt es seit dem Herauswurf Artur Rosenbergs und anderer noch solche?) selbst einsehen. Die Entwicklung vom März 1917 in Rußland zum Oktober 1917 vollzieht sich nämlich für Müller in Deutschland in zwei Stunden des 9. November 1918. Sie spielt zwischen der 3. Extraausgabe des „Vorwärts“, die die deutsche demokratische Republik verkündet, und einer 4. Extraausgabe, bei der der „Vorwärts“ nach einem Siege der Spartakisten in ganz Deutschland bereits vollständig geworden ist. Eine erstaunliche Leistung: kein „Gott aus der Maschine“ kann besser arbeiten als es dieser realpolitische Utopist vermag. Muß man wirklich an die nächstern miterlebten Tatsachen von damals erinnern? An die wirkliche Stimmung der Massen, die sofortigen Friedensschluß und die Einigkeit der sozialistischen Parteien verlangten, an die zahlenmäßige Schwäche der Spartakisten im November 1918, die sich erst im Januar gegen den Willen Rosa Luxemburgs zu einem Aufstand erheben konnten, der alle Züge des revolutionären Dilettantismus trug? Muß man hervorheben, daß der russische Bolschewismus von März bis Oktober 1917 unter den Schlägen eines wahrhaftigerweise fortgesetzten Krieges mit der eigenen Parole: „Friede, Land, Nationalversammlung“ zur Macht kam? Daß dem gegenüber die Parole: Bürgerkrieg im total ausgeführten Deutschland und Fortsetzung des Krieges mit der Entente auf den Widerspruch von 95 Prozent der Bevölkerung gestoßen ist?

Aber die mangelnden geschichtlichen Voraussetzungen schafft die Phantasie des rückwärts gewandten Utopisten für den deutschen Bolschewismus herbei. Nicht nur in Deutschland, in großen Teilen des übrigen Europa liegt der Bolschewismus mit Höchstgeschwindigkeit. Berlin wird zur Hauptstadt der europäischen Sowjetunion, Lenin selbst erscheint dort, um ihre Leitung in die Hand zu nehmen. Und der siegreiche Krieg mit den Heeren der Entente wird nach allen Regeln der — Zivilstrategie mit der ausschweifendsten Phantasie, die je an einem Stammtisch mit lauem Schweizer Landparten bearbeitet hat, dargestellt.

Etwas besser als dieses Weltkriegskapitel der Weltrevolution ist Müller seine Utopie über den sozialistischen Aufbau dieser Räte-Republik gelungen. Jedenfalls hat er hier bis zu einem gewissen Grade das Ringen Sowjetrußlands an der Wirtschaftskrisis auf die Zukunftsaussichten zu übertragen verstanden und das eigentümliche Pathos dieser russischen Haltung in seinen stilkünstlichen Leitartikeln getroffen. Müller redet hier „russisch“ nicht ohne Gefühl; hoffen wir, daß die russische Regierung nicht ihrerseits in ihrem Nachrichtenamt zu viel „müllert“. Einzelheiten wie das Mach zwischen den Breslauer Linke-Sofmann-Werken (bei Müller sind die L.-S.-Werke zu L.-S. — Lenin-Luxemburg — Werken geworden) und der Belegschaft der Krupp-Werke im sozialistischen Wettbewerb sind bisweilen amüsant und zeigen jedenfalls die Heftigkeit, mit der der Verfasser in seinen Wunschträumen lebt.

Raum erst zu nehmen und das Phantastische bisweilen an die Grenze des Fiebertraumes führend ist dagegen der Schluß des Buches, der den Endkampf zwischen dem sozialistischen Europa und dem kapitalistischen Amerika in der Gestalt einer Entscheidungsschlacht an — Radio darstellt.

Um noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Ebert als Repräsentant der Sozialdemokratie von 1918 ist für uns kein Heiligenbild. Wir wünschen durchaus keine Partei-Legende, von der aus Kritik an seiner Haltung zur Parteiabspaltung gestempelt wird. Die Meinungslosigkeit innerhalb der Partei muß heute mehr denn je aufrechterhalten und verteidigt werden. Aber bei der Lektüre Müllers fällt einem jenes Kinder-Spiel ein: „Ich und du, Müllers Ruh, Müllers Ziel das bis du!“ Der Selbstachtung unserer Partei kann nicht zugemutet werden, daß sie Walter Müllers Ruh oder Walter Müllers Ziel sein will. S. M. a. d.

Sittlichkeit in Siffen

In unserer Zeit, in der in allen Ländern die Uebernationalisten bemüht sind, den eigenen Volksgenossen eine mögliche Ueberbewertung der moralischen und geistigen Kräfte des eigenen Landes und eine Mindereinschätzung der Werte fremder Nationalitäten einzuhammern, ist es nicht ohne Interesse, einmal zahlenmäßige Vergleiche auf dem Gebiet der Moralstatistik zu prüfen, die in den verschiedenen Ländern angestellt werden. Besonders beliebt sind Vergleiche über uneheliche Mutterchaft, um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen über die „Reinheit“ des Familien- und Ehelebens. Tatsächlich zeigt die Geschichte aller Länder, daß Vergleiche dieser Art sehr gehen müssen, da beispielsweise der Umfang unehelicher Mutterchaft in viel höherem Grade von rechtlichen und wirtschaftlichen, als moralischen Einflüssen abhängig ist. In allen Ländern, in denen rechtliche Einschränkungen der Ehescheidung oder Wiedererehelichung oder Behinderungen der abtrüffeligen Heiratsverhältnisse oder Heiratsverbote für bestimmte Berufsgruppen bestehen, ist die Zahl der unehelichen Geburten auch bei religiös und ethisch übereinstimmender Auffassung ungewöhnlich eine viel höhere, als in Ländern, denen die Schwierigkeiten dieser Art fehlen. Von entscheidender Bedeutung sind auch bestehende althergebrachte häusliche Sitten. Das dauerhafte uneheliche Zusammenleben und die große Zahl der Brautkinder in bauerlichen Bezirken ist vorwiegend durch ökonomische Gründe zu erklären, weil der lästige Besitzer eines Bauerngutes die Gewißheit früherer Nachkommenschaft zur Erhaltung des Besitzes in der Familie haben will. Von Einfluß auf die Entwicklung der Moralauffassungen ist in den letzten fünfzig Jahren auch der Sozialismus auf die Masse der Bevölkerung in den einzelnen Ländern geworden. Der Sozialismus hat von jeder den ungezügelteren Geschlechtsverkehr und insbesondere die traurigen Auswüchse unserer heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung, die in der Prostitution, in der heimlichen Freizeitschreibung und in Kindesraub ihren Ausdruck finden, bekämpft. Tatsächlich ist in allen Ländern, in denen der Sozialismus Einfluß auf die Moralauffassung der Massen in breitem Umfange gewonnen hat, ein Rückgang der unehelichen und unehelichen Geburtenziffer durch die Aufklärung der Massen festzustellen.

Interessant ist ein Vergleich der unehelichen Geburtenziffern in den einzelnen Ländern, der über eine größere Zeitspanne etwa gleich geblieben ist. Die „Bavaren“ stehen mit einem Prozentsatz von 27 Prozent an der Spitze der Länder und doch werden andere Nationalitäten kaum gegeben, daß dieses

ferndeutsche bayerische Land, das viel weniger als Preußen unter den Kaiserreichsleistungen minderwertiger Fremdstämmiger gelitten hat, geringere moralische Qualitäten aufweist. Es folgen die fränkisch-sächsischen Stämme mit 16,5 Prozent und, um nur einige interessante Zahlen zu nennen, in großem Abstand die angestrichelten viel minderwertigeren Tschechoslowaken mit 10 Prozent und Polen mit 9,9 Prozent. Diese Unterschiede sind viel mehr durch andere Volksstämme, als durch moralische Eigenschaften zu erklären. Den Nationalsozialisten sei auch ins Stammbuch geschrieben, daß in den abgetretenen Gebieten der Provinz Posen die unehelichen Geburten der Deutschen höher waren, als die der Polen. Das war zu erklären durch ein niedrigeres Ehealter der Polen und das Ueberwiegen der deutschen Bevölkerung in den Städten und der polnischen Bevölkerung auf dem Lande. Vergleichs zwischen Deutschland und Rußland in der Vorkriegszeit weisen bei uns auch eine höhere uneheliche Geburtenziffer auf.

Ebenso läßt sich oft die Veraleich über die Kriminalität in den verschiedenen Ländern. Es ist von deutscher Seite überhaupt worden, daß in Deutschland der Höhepunkt der Verbrechens auf ein höheres Lebensalter fällt als in Frankreich, weil angeblich der Einfluß von Familie, Schule und Kirche auf die Jugend nachhaltiger wäre, als in Frankreich. Solche allgemeinen Werturteile entbehren jeder Beweiskraft und zeigen eine absolut einseitige, vollkommen unwissenschaftliche nationalitätlich gefärbte Betrachtungsweise. Auch wenn Wissenschaftler vom Range Gustav Schmollers sich zu solchen Werturteilen verhalten haben.

Besonders beliebt sind als Beweis für die Moral eines Landes Vergleiche über die Ehescheidung. Tatsächlich besagen jedoch Ehescheidungen nichts über die Zahl der Ehebrüche, auf die es bei „moralischer Betrachtung“ des Ehe- und Familienlebens entscheidend ankommt. Allerdings ist anzugeben, daß die Ehescheidung als Gruppenercheinung Rückschlüsse gestattet auf die rechtlichen, wirtschaftlichen und ethischen Auffassungen, die in den einzelnen Ländern das Familienleben entscheidend beeinflussen, ohne daß daran Werturteile geknüpft werden sollten.

Im Zusammenhang mit den Ehescheidungen müssen auch die Feststellungen jenseitiger Kriminalität beurteilt werden. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den einzelnen Ländern der Schutz der Kinder und Jugendlichen gegen unzüchtige Handlungen und Notzucht und damit auch ihre strafrechtliche Verfolgung verschieden gestaltet ist. Für uns ist von besonderem Interesse, daß schon Robert Owen, ein Vorläufer von Karl Marx, die sittliche Berechtigung zum Geschlechtsverkehr nur im Falle der absoluten Gegenwertigkeit des Verlangens auch innerhalb der Ehe gefordert hat, während heute nach der geltenden Rechtsauffassung in Deutschland und in den anderen Ländern für die Ehegatten, insbesondere für die Frau, die Verhütung zur Eingabe auch gegen eigenes Verlangen besteht. In Dänemark sind unter dem Einfluß sozialdemokratischer Politiker und Juristen Bestrebungen im Gange, in einem neuen Eheerbsgesetz den Ehemann unter Strafe zu stellen, der seine Frau zum Geschlechtsverkehr nötigt.

Anoreingekommene Vergleiche über die Ergebnisse der Moralstatistik zeigen, daß die in Zahlen ausgedrückten Tatsachen, die niemals auf Vollständigkeit Anspruch erheben können, da die meisten Vorkommnisse irgend welche Rückschlüsse auf die moralische Haltung der Einzelnen und einer Volksgemeinschaft erlauben, nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen, keinerlei Beweiskraft besitzen, um moralische Ranaudnungen zwischen Klassen, Völkern und Nationen vorzunehmen. Diese Erkenntnis ist für uns eine wichtige geistige Waffe im Kampf für Sozialismus und Völkerverständigung gegenüber der nationalitätlichen Verhinderung der Faschisten aller Länder. M. E. P.

Marxismus und ethischer Sozialismus

Albert Kranold: „Zum ethischen Gehalt der sozialistischen Idee“. Neuer Breslauer Verlag, 1930, 167 Seiten.

Genosse Albert Kranold hat in diesem Buche an seine früheren Schriften: „Die Persönlichkeit im Sozialismus“ und „Zwang und Freiheit im Sozialismus“ angeknüpft und damit ein ihm beizühaltendes Grundthema über das Verhältnis des Marxismus zur Ethik (Sittenlehre) weitergesponnen. Er geht bei diesen Auseinandersetzungen von der Gegenüberstellung der urfälligen Erklärung der Erfahrungswelt und der in ihr vor sich gehenden zeitlichen Veränderungen auf der einen Seite und der sittlichen, überzeitlich geltenden Normen auf der anderen Seite aus. Hierbei will er zunächst die Gleichberechtigung einer ethischen Fragestellung im Sinne der kantischen Philosophie und der sogenannten materialen Werte, die Max Schellers nachweisen. Die hierbei auftretende Formulierung: Kant fragt: wer ist gut? eine sogenannte inhaltliche Ethik fragt: was ist gut? kennzeichnet treffend und faßlich den hier vorliegenden Gegensatz der Fragestellung. Neben diese beiden rein philosophischen Fragen auf dem Gebiete der Ethik tritt dann in voller Selbstständigkeit das marxistische Problem: wie sehen sich die ethischen Werte in der geschichtlichen Wirklichkeit durch? welche soziologischen Bedingungen müssen für das Wirksamwerden bestimmter idealer Werte in einer geschichtlichen Epoche erfüllt sein? wie entsteht das Bewußtsein von solchen idealen Werten bei einzelnen Menschen oder menschlichen Gruppen?

Nach dieser im Interesse klarer Abgrenzungen erfolgten Trennung der Methoden wird im folgenden die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen den normativen und kausalen Gedankengängen durch die geschichtliche Denkweise vorgenommen. Bei dieser Denkweise steht der Begriff der Entwicklung im Mittelpunkt. Als Theorie der Geschichte ist der Marxismus historische Dialektik. Dialektik stellt eine von der Zeit unabhängige Verbindung von einander gegenüberliegenden Begriffen dar. In der historischen Dialektik aber (die deshalb auch Realdialektik genannt wird) wird dieses Prinzip auf zeitliche Zusammenhänge, also auch auf Reihen der Kausalität angewendet.

Kranolds Erläuterung über Dialektik ist eine der wichtigsten Partien seiner Schrift, die beachtenswerte Beiträge zur Klärung dieses schwierigen Problems bringt und es überall an seinen entscheidenden Punkten anfaßt. Die Grundtendenz dieser Betrachtungsweise, daß in der Dialektik der geschichtlichen Entwicklung sich eine zeitgerichtete soziologische und eine zeitunabhängige philosophische Methode verknüpfen, ist durchaus zu bejahen. Natürlich kann ein solcher Erläuterung keine erschöpfende Systematik des dialektischen Problems übermitteln, und in der Bewertung der bisher hierfür geleisteten Beiträge, zum Beispiel Jonas Löwys, weiche ich von Kranold ab. Ebenso scheint er mir dem heute viel genannten Soziologen Karl Mannheim nicht ganz gerecht zu werden, obgleich auch hier seine sehr sinnigen Einwände manche Schwächen der Mannheim'schen Position aufdecken.

Im positiven Aufbau des ethischen Gehalts der sozialistischen Idee führt Kranold frühere Gedankengänge überzeugend weiter. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Freiheit machen für ihn den Inhalt der sozialistischen Idee in ethischer Hinsicht aus. Diese Freiheit wird aber scharf von der Autarkie (Selbstgenügsamkeit) des einzelnen unterschieden. Sie bedeutet die Freiheit aller und wird mit sozialer Gerechtigkeit gleichgesetzt. „Sozialistische Freiheit ist daher... nicht absolute Willkür des einzelnen, wohl aber die äußere (gesellschaftliche) Möglichkeit dazu und freier Wille zum Handeln auf der Ausübung dieser Möglichkeit.“ (S. 104) In Verwandtschaft mit Gedankengängen G. Radbrachs und Th. Litts greift Kranold den gemeinschaftsbezogenen sozialistischen Freiheitsgedanken scharf von jeder so-

